

I.  
Zum Begriff des politischen Grundbegriffs:  
Theorie und Systematik



# Die Anatomie der politischen Grundbegriffe: Forschungsstand und Perspektiven

*Tobias Adler-Bartels, Sven Altenburger, Verena Frick, Tobias Schottdorf und  
Tine Stein*

## *1. Einleitung: Politische Grundbegriffe als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung*

Die Ampel-Koalition hat ihre Regierungsvorhaben im Koalitionsvertrag unter ein klassisches Motto der politischen Moderne gestellt: „Mehr Fortschritt wagen“. *Fortschritt* ist seit dem 19. Jahrhundert einer der zentralen Topoi im modernen Begriffsuniversum. Als politischer Erwartungsbegriff (Reinhart Koselleck) zielt er in normativer Absicht auf eine gesellschaftliche Veränderung zum Besseren, vorangetrieben und gesteuert durch eine vom Staat betriebene Politik. Die Herausforderungen der Gegenwart sollen nicht einfach nur bewältigt, die Gesellschaft keinem Selbstlauf überlassen bleiben, sondern die Regierung soll ihr Gestaltungspotential wahrnehmen und für eine bessere Zukunft sorgen, indem sie soziale, technische und kulturelle Innovationen freisetzt. Zugleich löst *Fortschritt* auch Befürchtungen aus: gesellschaftliche und kulturelle Neuerungen werden umgekehrt als Bedrohung von Tradition und bekannter Lebenswelt abgelehnt und für technische Innovationen wird ein im Wege negativer Dialektik sich einstellendes Umschlagen in Gefahren angenommen. *Fortschrittlich* ist also einerseits ein mit unterschiedlichen Erwartungen und strategischen Absichten eingesetztes Schlagwort politischer Akteure und andererseits ein in den Geistes- und Sozialwissenschaften verwandter Strukturbegriff zur Kennzeichnung der Spezifika moderner Gesellschaften als dynamisch und zukunftsorientiert auf der Basis eines linearen Zeitverständnisses. *Fortschritt* dient dann etwa im Rahmen der Überlegungen von Thomas S. Kuhn als eine gesellschaftstheoretisch-diagnostische Kategorie in erkenntnistheoretischer Absicht.

Politische wie wissenschaftliche Debatten hängen auf das engste mit der Umstrittenheit der darin verwandten Begriffe zusammen. Manche Begriffe haben dabei eine geringe Halbwertszeit, andere hingegen bilden als Grundbegriffe, die über einen langen Zeitraum zum Referenz- oder

Ausgangspunkt kontroverser Deutungskämpfe geworden sind, quasi das Koordinatensystem politischen Denkens. Diese Grundbegriffe sind – trotz oder gerade wegen der Anerkennung ihrer Kontroversität – unverzichtbar für die Wahrnehmung und Deutung der politisch-sozialen Wirklichkeit. Neben *Fortschritt* sind *Staat*, *Macht*, *Herrschaft*, *Demokratie*, *Freiheit* oder *Gleichheit* Kandidaten solcher politischen Grundbegriffe – und selbstverständlich auch der Begriff *Politik* selbst, dessen Mehrdimensionalität und Mehrdeutigkeit das Konzept *politischer* Grundbegriffe mit entsprechend sehr unterschiedlichen Erwartungen füllt. Diese politische Grundbegriffe dienen zum einen dem wissenschaftlich-analytischen Blick auf das politische Denken als Heuristiken, zum anderen werden diese von Akteuren im politischen Wettbewerb adaptiert – man denke nur an die wissenschaftliche und politische Kontroverse über das angemessene Verständnis von Demokratie vor dem Hintergrund populistischer Bewegungen: Während die eine Demokratietheoretikerin den Aspekt der Agonalität als eine normativ erstrebenswerte Belebung der Demokratie herausstellt, der einem drohenden Repräsentationsdefizit abhilft, sieht der andere gerade das Verständnis von Demokratie in Abgrenzung zur bloßen Spiegelung des Mehrheitswillens geschärft. Dies gilt *vice versa* in der politischen Debatte: dort wird illiberale Demokratie als legitime nationale Variante verteidigt, hier gilt sie als *contradictio in adiecto*.

Angesichts dieser teils diametral entgegengesetzten inhaltlichen Füllungen ein und desselben – für die wissenschaftliche wie politische Debatte gleichermaßen zentralen – Grundbegriffs ist es umso wichtiger auf einer (meta-)theoretischen Ebene anzusetzen und zu fragen, was im Einzelnen einen Begriff als *Grundbegriff* bzw. als *politischen* Grundbegriff kennzeichnet. In politischen Grundbegriffen lagern sich ja nicht nur die in politischen Kämpfen errungenen historischen Erfahrungen ab, sie beinhalten zugleich normative Entscheidungen über die bezeichneten Gegenstände und Phänomene. Insofern ist ihre inhärente Normativität eine dauernde Herausforderung für die Politische Theorie und Ideengeschichte, schließlich bilden politische (Grund-)Begriffe sowohl Explanans als auch Explanandum dieses Teilgebietes. Als Basis einer gemeinsamen Wissenschaftssprache dienen allgemeine oder abstrakte bzw. universelle Kategorien wie etwa Macht, Gleichheit oder Institution ganz unterschiedlichen Theorieströmungen als Verständigungsrahmen und erfüllen eine die Teildisziplin integrierende Funktion.

Im Spannungsfeld von Universalität und Partikularität politischer Begriffe stellt sich zusätzlich die Frage nach der kulturellen Gebundenheit von

Begriffen: Die spezifischen Unterschiede von Rechtsstaat/*rule of law*, Liberalismus/*liberalism* oder Konservatismus/*conservatism*, die erstaunliche Rückübersetzung sowie der globale Siegeszug des früheren forstwirtschaftlichen Begriffes der Nachhaltigkeit (vom engl. *sustainability*) oder auch die Konjunktur des Souveränitätsbegriffs in autoritären Staaten wie Russland und China sind Beispiele für transnationale Begriffstransfers, die bei der Dechiffrierung hohe Anforderungen an politische Theoretikerinnen und Theoretiker stellen.

Umgekehrt proportional zu ihrer politischen und wissenschaftlichen Bedeutung steht die bisherige Beschäftigung der Politischen Theorie und Ideengeschichte mit Grundbegriffen als zentraler Kategorie. Diese Untersuchung verfolgt daher die Absicht, eine konzeptionelle Bestimmung der politischen Grundbegriffe vorzunehmen, um einen Analyserahmen und Verständnishorizont für diese Kategorie zu entwickeln. Eine solche Bestimmung kann nicht bei Null ansetzen, denn die (meta-)theoretische Beschäftigung mit politischen Grundbegriffen ist für eine Reihe disparater Zugänge und Ansätze in der politischen Theorie wie in der Ideengeschichte – je nach stärker analytischen, normativen oder historischen Erkenntnisinteressen – durchaus zentral. Daher gilt es zunächst, den komplexen Forschungsstand zu politischen Grundbegriffen als Kategorie politischen Denkens zu sichten und zu systematisieren. Hierbei werden drei unterschiedliche Ansätze erkennbar, die sich grob in *ideengeschichtlich-kontextuelle* (2), *dekonstruktivistische* (3) und *analytisch-politiktheoretische* (4) Zugänge sortieren lassen. Im Mittelpunkt stehen bei all diesen Ansätzen die Fragen, was einen Begriff zum Grundbegriff macht, was als politischer Grundbegriff seine Politizität ausmacht, welche Funktionen mit politischen Grundbegriffen verbunden und mit welchem Erkenntnisinteresse diese aufgerufen werden. In einem zweiten Schritt sollen dann vor diesem Hintergrund einer vergleichend-synoptischen Darstellung der drei rekonstruierten Ansätze wesentliche Charakteristika und Funktionen von politischen Grundbegriffen festgehalten, neu bestimmt und auch geordnet werden. Dazu wird zunächst der Ertrag der Rekonstruktion des ideengeschichtlich-kontextuellen, des dekonstruktivistischen und des analytisch-kontextuellen Ansatzes vergleichend festgehalten (5). Sodann gilt es den Verständnishorizont weiterzuführen, die Charakteristika und Funktionen systematisch zu durchleuchten, um so zu einer Heuristik politischer Grundbegriffe zu gelangen (6). In einem letzten Schritt dieser Untersuchung wird schließlich auf offene Fragen und Perspektiven für die weitere Forschung an und mit Grundbegriffen eingegangen (7).

## 2. Kontextuelle Ansätze: Der Wandel der umstrittenen (Grund-)Begriffe

Die These einer mehr oder weniger starken Umstrittenheit von politischen (Grund-)Begriffen begleitet die Diskussionen über die Dynamik der politischen Semantik von Anfang an. Bereits in den 1950er Jahren hatte der schottische Philosoph Walter B. Gallie mit Blick auf die Kontroversität zentraler philosophischer und politischer Begriffe von den wesentlich umstrittenen Begriffen (*essentially contested concepts*) gesprochen, „which inevitably involves endless disputes about their proper uses on the part of their users“ (Gallie 1956: 169). Zwar zielte Gallie in seinem bahnbrechenden Aufsatz weniger auf die politische (Alltags-)Kommunikation als auf philosophische bzw. akademische Begriffskontroversen, dennoch bildeten seine Überlegungen den Ausgangspunkt für weitergehende Debatten über die Unbestimmbarkeit politischer Begriffe (Collier et al. 2006).

Gallies Konzept der *essentially contested concepts* verweist zunächst auf den grundsätzlich *normativen* Charakter von politischen Begriffen, d.h. mit ihnen ist unmittelbar eine – je differente – (Be-)Wertung der damit bezeichneten Sachverhalte verbunden, wie Gallie (1956: 184; Herv. i. Orig.) am Beispiel der *Demokratie* – „the appraisive political concept *par excellence*“ – veranschaulicht hat. Weiterhin zeichnen sich die umstrittenen Begriffe durch eine ihnen inhärente *Komplexität* aus, die in der Konsequenz zu notwendig *unterschiedlichen Be- und Zuschreibungen* oder Deutungen (auch von Teilelementen der jeweiligen Begriffe) führt. Aufgrund ihrer spezifischen *Offenheit* lassen sich die Begriffe auch in anderen Kontexten bzw. unter veränderten Rahmenbedingungen adaptieren.<sup>1</sup> Zentral für die weitere Rezeption und Adaption von Gallies Überlegungen ist somit der Gedanke, dass die *Umstrittenheit* der politischen Begriffe nicht als Makel betrachtet werden sollte, sondern vielmehr als genuine *Qualität* dieser Begriffe. Die Bedeutungen von (Grund-)Begriffen „derive from controversy rather than from any consensus about their meaning“ und die akademischen Kontroversen über den Gehalt der Begriffe „enrich public understanding of the issues involved“ (Richter 2000: 138).

Zur Veranschaulichung der unterschiedlichen Verständnisse über den kontroversen Status sowie die inhärente Dynamik von politischen (Grund-)Begriffen werden im Folgenden drei zentrale Ansätze der – in

---

1 Über diese vier grundsätzlichen Merkmale hinaus postuliert Gallie zudem die umstrittene Idee eines *original exemplar* jedes Begriffes sowie einer grundsätzlich (erkenntnis-)fortschrittlichen Dynamik dieser Begriffskontroversen (hierzu Collier et al. 2006: 219ff.).

einem sehr weiten Sinne – ideengeschichtlichen Forschung präsentiert, die sich – implizit oder explizit – mit politischen Grundbegriffen auseinandergesetzt haben. Sowohl das umfassende Lexikonprojekt der *Geschichtlichen Grundbegriffe* nach Reinhart Koselleck als auch der ideenhistorische Ansatz der *Cambridge School* sowie die konzeptionellen Überlegungen von Michael Freeden zur Morphologie der Ideologien entwickeln jeweils unterschiedliche Vorstellungen von der Relevanz singulärer (Grund-)Begriffe und ermöglichen aber gerade dadurch aufschlussreiche Perspektiven für die Frage nach der Dynamik und dem Wandel des politischen Vokabulars.

Bereits in seinem Titel verweist das Projekt der *Geschichtlichen Grundbegriffe* auf den Anspruch, die relevanten politisch-sozialen Leitbegriffe des westlichen Denkens zu identifizieren sowie den spezifischen Bedeutungswandel dieser Grundbegriffe in der Moderne zu rekonstruieren. Die tragende These einer sog. Sattelzeit des politisch-sozialen Vokabulars im Zeitraum von 1750 bis 1850 weist dabei die Kriterien der *Demokratisierung*, *Politisierung*, *Verzeitlichung* und *Ideologisierung* als strukturelle Merkmale aller modernen politisch-sozialen Grundbegriffe aus.<sup>2</sup> Eine darüber hinaus gehende kohärente Bestimmung dieser *Grundbegriffe* liefert das Werk jedoch nicht; vielmehr konstituiert die Begriffsgeschichte „erst im Vollzug der von ihr geleisteten Forschung ihren Gegenstand, die Menge der geschichtlichen Grundbegriffe“ (Schultz 2011: 242). So beschreibt Reinhart Koselleck diese Begriffe als „Leitbegriffe der geschichtlichen Bewegung“, schließlich seien diese nicht nur *Indikatoren*, sondern zugleich wesentliche *Faktoren* der sprachlichen und außersprachlichen Entwicklungen in der Moderne.<sup>3</sup> Politische *Grundbegriffe* sind demnach für die Beschreibung und Deutung der politisch-sozialen Entwicklung unverzichtbar und zugleich notwendig umstritten. So hat Koselleck (1978: VII) – auch als Antwort auf die (sprachwissenschaftliche) Kritik an seinem Verständnis von Grundbegriffen (u.a. Horstmann 1978) – im letzten Band des Lexikons erklärt, dass „sich von einem Grundbegriff sprechen [läßt], sobald alle

---

2 Die tragende These der Sattelzeit behauptet einen markanten Umschlag der politisch-sozialen Semantik in diesem Zeitraum, die mit der Herausbildung der Moderne verknüpft wird. Zur kritischen Diskussion dieser Sattelzeit-These siehe Gabriel Motzkin (2011) und Daniel Fulda (2016).

3 Diesen qualitativen Unterschied versuchte Koselleck mit der Unterscheidung von *Wort* und *Begriff* zu erfassen; im Unterschied zum Wort sei der Begriff grundsätzlich mehrdeutig: „Ein Begriff versammelt in sich eine Bedeutungsfülle, er ist – anders als ein Wort – immer mehrdeutig. [...] Wortbedeutungen können durch Definitionen exakt bestimmt werden, Begriffe können nur interpretiert werden.“ (Koselleck 1967: 86).

konfligierenden Schichten und Parteien gemeinsam auf ihn angewiesen bleiben, um ihre unterschiedlichen Erfahrungen, ihre schichtenspezifischen Interessen, ihre parteipolitischen Programme miteinander zu vermitteln“. Die Frage nach der besonderen Qualität der (historischen) *Grundbegriffe* wird dementsprechend mit ihrer politisch-sozialen Funktion erklärt und das Merkmal der (gesellschaftlich-politischen) *Relevanz* als entscheidendes Kriterium für ihre herausragende Stellung ausgewiesen. Clemens Knobloch (1992: 12) konstatiert mit Blick auf das Lexikonprojekt der *Geschichtlichen Grundbegriffe* in diesem Zusammenhang: „Es ist allein die Logik der gesellschaftlichen Kommunikation, die Grundbegriffe zu Grundbegriffen macht.“

Die konkrete Auswahl der jeweiligen Grundbegriffe sowie die zudem z.T. sehr unterschiedlichen Herangehensweisen in den einzelnen Lemmata offenbaren jedoch die vielfach konstatierte Diskrepanz zwischen der begriffsgeschichtlichen Praxis und den hohen geschichtstheoretischen Ansprüchen der Begriffsgeschichte bei Reinhart Koselleck (Schultz 1978). Als einzigartiges Lexikon der politisch-sozialen Sprache (vorrangig des deutschsprachigen Raumes) bildet es dennoch einen wichtigen Referenzpunkt für die weitere politische Begriffsarbeit; sei es als Ausgangspunkt für Überlegungen zu einer genuin *politikwissenschaftlichen* Begriffsgeschichte (Palonen 2002) oder als Inspiration und Maßstab für eine Fortschreibung dieser – und neuer – politischer Grundbegriffe im 20. Jahrhundert (Geulen 2010; Schmieder 2019).

Der mit den Namen von Quentin Skinner, John G.A. Pocock und John Dunn verbundene ideenhistorische Ansatz der *Cambridge School* vereint – trotz ihrer sehr unterschiedlichen Schwerpunkte und Herangehensweisen, die den zugewiesenen Schul-Charakter als Kohärenzmythos entlarvt – die fundamentale Kritik einer Vorstellung von singulären und überzeitlichen Grundbegriffen des politischen Denkens. In seinem epochalen Aufsatz „Meaning and Understanding in the History of Ideas“ kritisierte Skinner ahistorische Ansätze der älteren (philosophischen) Ideengeschichte, deren Vorstellungen von sog. Elementarideen (*unit ideas* im Sinne von Arthur Lovejoy) bzw. essentialistischen Grundbegriffen geleitet waren, und entwickelte dagegen – v.a. in seinen späteren Schriften – Überlegungen „for a more radical contingency in the history of thought“ (Skinner 1999: 61f.). Inspiriert von den Arbeiten Ludwig Wittgensteins, Thomas S. Kuhns und Robin G. Collingwoods sowie vor dem Hintergrund des *linguistic turn* der Geisteswissenschaften kritisierte Skinner verbreitete Annahmen, wonach



Begriffen eine quasi-ontologische Bedeutung zugewiesen wird und entwickelte dagegen konzeptionelle Überlegungen zur divergierenden Wahrnehmung sowie dem historischen Wandel des politischen Vokabulars.<sup>4</sup> Im dezidierten Anschluss an die Sprechakttheorie von John L. Austin und John Searle betonen sowohl Skinner als auch Pocock die ‚pragmatische‘ Handlungsdimension der Sprache und relativieren den exceptionellen Status von politischen Grundbegriffen. Methodologisch plädieren beide für eine notwendige Kontextualisierung politischer (und politiktheoretischer) Aussagen; die konkreten *Intentionen* von politischen Denkerinnen und Denkern lassen sich somit nur aus den jeweiligen sprachlichen bzw. kulturellen *Konventionen* heraus verstehen.

Politische (Grund-)Begriffe müssen daher nach Skinner (2001: 37) als Teil einer „local ideological practice“ verstanden werden; der historische Sinn aller Begriffe erschließt sich nur durch die unvoreingenommene Rekonstruktion des jeweils konkreten kulturellen bzw. sprachlichen Kontextes.<sup>5</sup> Der Weg zur Analyse politischer Sprache führe nach Skinner über die Rekonstruktion von Begriffen als Teile unbekannter *language games*, in denen die Begriffe immer schon in eine politische (Sprach-)Handlung eingebunden sind: „There can be no histories of concepts as such; their can only be histories of their uses in argument.“ (Skinner 1988: 283) Im Gegensatz zur vorrangig diachronen Rekonstruktion des Bedeutungswandels politischer Ideen (im Singular) zielt der Ansatz der *Cambridge School* somit auf die synchrone Rekonstruktion des semantischen Kontextes bzw. der politischen Sprachen, in denen Begriffe (im Plural) als „tools and weapons of ideological debate“ (Skinner 2002: 177) fungieren.<sup>6</sup> Mit seinem 1978 er-

---

4 Zum wissenschaftsgeschichtlichen Hintergrund sowie den konkreten Einflüssen im Kontext der Entstehung der *Cambridge School* siehe Eckhart Hellmuth & Christoph von Ehrenstein (2001) sowie Sebastian Huhnholz (2015).

5 Damit positionierte sich Skinner auch gegen Ansätze der politischen Philosophie, die für die universelle Verständlichkeit von Begriffen plädieren – in seinen Worten: „neo-Kantian projects of our time in which we encounter an aspiration to halt the flux of politics by trying definitively to fix the analyses of key moral terms“ (Skinner 2002: 177). Skinner hat sein Verständnis von Grundbegriffen jedoch im Laufe der Zeit modifiziert; vertrat er früher die Ansicht, dass es zu jedem Zeitpunkt ein „standard and accepted meaning and use“ gäbe, betonte er später, dass diese Bedeutungen und Verwendungen tatsächlich dauerhaft umstritten sind (Skinner 2002: 182).

6 Skinner (1999: 65) äußerte zudem grundlegende Vorbehalte gegenüber den geschichtsphilosophischen Grundannahmen der Begriffsgeschichte und konstatierte zudem mit einem ironischen Seitenhieb gegen Koselleck: „I lack any talent for writing the kind of social history that would be required.“

schienenen Werk *The Foundations of Modern Political Thought* machte sich Skinner folglich daran, „to identify the most basic concepts out of which we in the modern west constructed the legitimising theories” (Skinner 2001: 52).<sup>7</sup>

Auch John G.A. Pococks Arbeiten sind von der methodologischen Überzeugung geleitet, dass politische (Grund-)Begriffe stets nur als kleinere Einheiten innerhalb von komplexen Sprechhandlungen bzw. Sprechakten betrachtet werden können. Sein Ansatz zeugt von einer tiefen Skepsis gegenüber der isolierten Betrachtung von einzelnen Grundbegriffen im Sinne der Begriffsgeschichte und ist dementsprechend getragen von der Überzeugung, „that ‚historians of discourse‘ [...] are not systematically addicted to dissolving the languages they study into the ‚concepts‘ [...] of which these languages are compounded“ (Pocock 1996: 50). Vielmehr zielt ein solches Vorhaben der historischen Diskursanalyse auf die jeweilige Rekonstruktion der argumentativen Potentiale bzw. *illocutionary forces* von Grundbegriffen oder in Ferdinand de Saussures berühmter Unterscheidung: auf die jeweilige Funktion dieser Begriffe in der konkreten *parole*, die auf den Zusammenhang der *langue* verweist. Diese kontextualistischen Ansätze inspirierten im Weiteren dann Überlegungen zu einer *critical conceptual history* (Ball 1988), die sich dezidiert den Grundbegriffen der Politischen Theorie (und Philosophie) widmet.

Ein weiteres anschauliches Beispiel für die (wesentliche) Umstrittenheit von forschungsleitenden Grundbegriffen der Sozial- und Geisteswissenschaften bieten die anhaltenden Debatten um den kontroversen Status sowie den angemessenen Zugang zu *Ideologien*. Während (post-)marxistische Ansätze die kritisch-pejorative Dimension dieses Begriffes im Kontext der Aufdeckung von hegemonialen Herrschaftsverhältnissen betonen, entwickelte sich v.a. im englischsprachigen Raum seit den 1980er Jahren – nicht zuletzt im Anschluss an kontinentale wissenssoziologische Ansätze – ein nüchterneres (und dennoch keineswegs unkritisches) Verständnis von Ideologien, in der die genuin *sprachlichen* Dimensionen dieser politischen Phänomene betont werden – „ideologies are characterized by certain ways of talking, certain rhetorical repertoires and certain arguments and justi-

---

7 Das offensichtliche Spannungsverhältnis des Titels zu Skinners *post-foundationalism* ist oft kommentiert worden (siehe bspw. Skinner 2001: 51).

fications“ (Maynard 2017: 303).<sup>8</sup> Die Entwicklung einer (vergleichenden) Ideologieforschung ist vor allem mit dem sog. *morphologischen Ansatz* des britischen Politologen Michael Freedon verknüpft, der die Erforschung von Ideologien (im Plural) auf eine neue methodologische Grundlage gestellt hat, indem er die spezifischen Begriffspolitiken von ideologischen Akteuren in den Blick nimmt.<sup>9</sup>

Politische Grundbegriffe (*main political concepts*) zeichnen sich nach Freedon (1996: 61) durch ihre nicht-eliminierbaren Merkmale aus, die empirisch im allgemeinen Sprachgebrauch identifiziert werden können; zugleich lassen sich die Begriffe nicht darauf reduzieren, sondern verweisen aufgrund ihrer *Umstrittenheit* immer schon auf einen kontroversen ideologischen Zusammenhang des politischen Denkens.<sup>10</sup> *Ideologien* werden somit als mehrdimensionale (heuristische) Denkgebäude verstanden, die sich durch eine je spezifische Konstellation von (Grund-)Begriffen zum Zwecke einer temporären Bedeutungsfixierung auszeichnen. Eine *Morphologie* der Ideologien steht somit zunächst vor der Aufgabe, diese sprachlich fixierten Dynamiken unterschiedlicher Ideologien zu beschreiben, in dem die jeweiligen Ebenen der konstitutiven und komplementären Begriffe identifiziert und ihre konkrete (historische) Bedeutungsfixierung sowie die dazu bemühten Strategien und Mechanismen der ideologischen Auseinandersetzungen rekonstruiert werden (Freedon 2003: 54). Als ideologische Akteure fasst Freedon sowohl Vertreter politischer Parteien und Bewegungen als auch professionelle politische Theoretikerinnen und Philosophen und rekonstruiert deren Bemühen, durch konkrete Zuschreibungen bzw. Definitionen sowie die gezielte Einbindung in ein ideologisches Beziehungsgeflecht den politischen Grundbegriffen einen vermeintlich eindeutigen Sinn zuzuschreiben. Im expliziten Rekurs auf Gallie spricht Freedon (2005: 243) in diesem Kontext von markanten Strategien einer *de-/contestation* politischer Begriffe durch ideologische Akteure, d.h. „they aim to give precise

---

8 Siehe zu den Konjunkturen des Ideologie-Begriffes sowie den Ansätzen der Ideologieforschung und -kritik die problemorientierte Einführung von Marius S. Ostrowski (2022).

9 Detailliert ausgearbeitet wird dieser Ansatz in seinem Hauptwerk *Ideologies and Political Theory* (Freedon 1996); für eine konzise Zusammenfassung siehe Freedon (2013).

10 Ausdruck dieser Umstrittenheit der politischen (Grund-)Begriffe ist demnach, dass „no concept can carry simultaneously all the conceptions that it embraces, as some conceptions are always incompatible with some others“ (Freedon 2004b: 4).

definition to the essentially contested meanings of the major political concepts” (Freeden 2004a: 6).<sup>11</sup>

Während somit ideologische Akteure bewusst oder unbewusst die Umstrittenheit von Begriffen leugnen, bilden Ideologien im Sinne Freedens einen kritischen Ausgangspunkt zur systematischen Untersuchung der komplexen Wechselbeziehungen von politischen und politiktheoretischen Grundbegriffen. Die historische Dynamik der politischen (Grund-)Begriffe verweist hierbei auf einen interdependenten und latent konfliktiven Strukturzusammenhang; „[p]olitical concepts [...] come bunched together [...], the analysis of single concepts cannot be detached from the network of concepts in which they are situated” (Freeden 1999: 414). Im Gegensatz zur (post-)marxistischen Ideologiekritik (im Singular) ist eine solche Ideologienforschung (im Plural) von der Grundannahme einer grundsätzlichen Agonalität der ideologischen Konstellationen und damit verknüpften strategischen Begriffspolitiken geleitet.

Aus diesem kursorischen Durchgang der drei Ansätze wird ersichtlich, dass die jeweiligen Konzeptionen sowie das damit transportierte Verständnis der politischen Grundbegriffe sehr unterschiedliche Konsequenzen für die Frage nach dem (historischen) Wandel der Begriffe bedeuten. Als *Grundbegriffe* erfüllen die so herausgehobenen politisch-sozialen Begriffe in den jeweiligen Ansätzen unterschiedliche Funktionen: Im Kontext des Projekts der *Geschichtlichen Grundbegriffe* Kosellecks *begründen* diese Begriffe die tragende These einer (semantischen) Sattelzeit und fungieren sowohl als Indikatoren wie auch als Faktoren der (ambivalenten) politisch-gesellschaftlichen Modernisierung. Skinner und Pocock verwerfen hingegen prinzipiell den Gedanken einer Rekonstruktion isolierter Grundbegriffe und betonen demgegenüber den *Grund* aller politisch-sozialen Begriffe in den jeweiligen linguistischen Konventionen bzw. sprachlichen Kontexten eines historischen Zeitraumes. Auch für Freedens erweist sich die Rekonstruktion *eines* Grundbegriffes als eine problematische Herangehensweise; politische Begriffe stehen notwendig in einem interdependenten Beziehungsgeflecht von Begriffen (im Plural), das die konstitutive *Grundlage* von ideologischen Formationen bildet. Gemeinsam ist hingegen allen Ansätzen der Gedanke einer grundlegenden Umstrittenheit bzw. Kontroversität der

---

11 In Abgrenzung zur essentialistischen Konnotation von Gallies Annahme einer wesentlichen Umstrittenheit von Begriffen spricht Freedens jedoch von einer *effective contestability*, deren Fokus sich vielmehr auf die sozialen Effekte der umstrittenen Begriffe richtet (Freedens 2004b).

politischen Grundbegriffe, deren Bedeutung sich somit nur im Rekurs auf einen sprachlichen bzw. ideologischen Kontext adäquat erfassen und verstehen lässt. Mit Blick auf die starke Betonung der jeweiligen semantischen Kontexte lässt sich in Anlehnung an Ludwig Wittgenstein v.a. für die Ansätze von Skinner, Pocock und Freedon konstatieren: Die Bedeutung eines politischen (Grund-)Begriffes ist sein Gebrauch in der politischen Sprache bzw. Ideologie.

### *3. Dekonstruktivistische Ansätze: Der Zerfall der Begriffe?*

Während v.a. historisch-kontextualisierende Ansätze den mannigfaltigen Verwendungsweisen und Bedeutungsgehalten von Begriffen nachspüren, ist dem dekonstruktiven Denken an einer weitreichenden Infragestellung elementarer sozial- und geisteswissenschaftlicher Kategorien sowie den mit ihnen – vermeintlich oder tatsächlich – verbundenen Essentialisierungen gelegen. Anders als in den ideengeschichtlich-kontextuellen Herangehensweisen wird der herausgehobene Status von Grundbegriffen nicht nur relativiert, vielmehr gerät die (politik-)wissenschaftliche Begriffsbildung und -begründung selbst in den Fokus der Kritik.

Hinter jeder dekonstruktiven Unternehmung steht ein anfänglicher Zweifel, der sie antreibt und dazu bewegt, die Normalität unserer Kategorien und der ihnen zugrundeliegenden Unterscheidungen zu hinterfragen, Kontingenzen offenzulegen und die Gewordenheit sprachlicher Ausdrücke darzustellen (Saar 2007). „Dekonstruktion nimmt Sinngebilde – Traditionen, Texte, Begriffe, Fragestellungen – so auf, daß sie ihre überlieferte Form auflöst, um sie zugleich neu zu gestalten und sie darin in ihrer Bedeutung lesbar zu machen“ (Angehrn 2002: 185). Dekonstruktion zerlegt Bedeutung, um anderen Bedeutungen nachzuspüren, die verloren schienen, normiert oder verbannt wurden. Das Feld dekonstruktiver Theorien ist enorm heterogen. Statt von einer einheitlichen Tradition, lässt sich eher von einem Denkszusammenhang verschiedener Autorinnen und Autoren sprechen, die die Überzeugung eint, dass das Soziale wie das Politische als Diskurse zu begreifen sind, d.h. als Netz dynamischer Differenzbeziehungen, aus dem heraus Sinngebungen geliefert und mit denen Gegenstände überhaupt erst konstituiert werden (Sievi 2017). Mit Urs Stäheli lassen sich wenigstens zwei Linien einer so verstandenen Dekonstruktion unterscheiden, die im Folgenden anhand von Michel Foucault und Jacques Derrida unter dem

Gesichtspunkt ihrer fundamentalen Kritik an politischen (Grund)Begriffen vorgestellt werden.

In einem *weiten* Verständnis von Dekonstruktion wäre hier der Versuch zu nennen, „Begrifflichkeiten“ zu suchen, „die es erlauben, das sinntheoretische Vokabular zu ersetzen“ (Stäheli 2000: 5). Insbesondere die „Diskursarchäologie“ Foucaults versteht sich in diesem Sinne als „eine Methode der Dekonstruktion“ (Straßenberger 2018: 5), die vermeintlich Offenkundiges problematisieren und „scheinbar evidente Wahrheiten“ zu erschüttern wünscht. Im Nachgang des von Roland Barthes (2006) diagnostizierten „Tod des Autors“, mit dem sich Foucault (2003) intensiv befasst hat, ersetzen nun ‚Dispositive‘ und hegemoniale Diskursformationen das Subjekt als klassischen Analysegegenstand. Fortan richtet sich der Blick weniger auf Begriffsinhalte, denn auf die zugrundeliegende Strategie der Bedeutungsfixierung. Ersetzt wird also die Frage nach dem *Wesen* von Begriffen durch den kritischen Nachvollzug der Fabrikation von semantischen Sinngehalten. Foucault (2008a: 15, 28) entwickelt diesen archäologischen Zugang in *Die Ordnung der Dinge*, um den „epistemologischen Raum“ der Humanwissenschaften, deren „episteme“, zu ergründen. Statt vom „Standpunkt der sprechenden Individuen“ (ebd.: 19) auszugehen, widmet er sich in der Kritik phänomenologischer Zugänge und in dezidierter Abgrenzung zur Ideengeschichte<sup>12</sup> den Regeln und Bedingungen, die Voraussetzung dafür waren, dass Akteure in jenem Wissensfeld anschlussfähig wurden und sie sich in ihm bewähren konnten.

Die Suche nach Diskontinuitäten im Diskurs wie auch nach „Formationsregeln“ (Foucault 2008b: 513) hat Auswirkungen auf die Stellung von Begriffen. Wenn Diskurse nicht länger als „Gesamtheiten von Zeichen (von bedeutungstragenden Elementen, die auf Inhalte oder Repräsentationen verweisen)“ gedacht werden, sondern als gegenstandskonstituierende „Praktiken“ (ebd.: 525), dann wird es nötig, „die Organisation des Feldes der Aussagen [zu] beschreiben, in dem sie [die Begriffe] auftauchen und zirkulieren“ (ebd.: 532). Statt sie in kohärente Systeme einzuzwängen, gelte es, ihren Spuren, die auf eine „Pluralität von Sinn“ (ebd.: 601) verweisen, zu folgen, weil andernfalls jene Relationen ausgeblendet würden, die einer Diskursformation ihre Spezifik verleihen. Insofern zielt Foucaults

---

12 „Nun ist aber“, wie Foucault (2008b: 620) betont, „die archäologische Beschreibung gerade die Preisgabe der Ideengeschichte, die systematische Zurückweisung ihrer Postulate und Prozeduren, der Versuch, eine ganz andere Geschichte dessen zu schreiben, was die Menschen gesagt haben.“

Erkenntnisinteresse auf die „vorbegriffliche Ebene“ (ebd.: 538), auf deren Grundlage eine systematische Anordnung von Begriffen überhaupt erst zu gelingen vermag. Bekanntermaßen wird Foucault diesen strategischen Zugang in eine genealogische Richtung weiterentwickeln – mit seiner Inauguralvorlesung am Collège de France (1970) beginnt er die in einem institutionellen Gefüge eingebetteten Funktionen von Aussagen unter dem Aspekt der Macht zu beleuchten. Von nun an widmet er sich den „Prozeduren der Kontrolle und Einschränkung des Diskurses“ (Foucault 2012: 17). Um diesem „seinen Ereignischarakter zurück[zu]geben“ sei es unerlässlich, die „Souveränität der Signifikanten“ (ebd.: 33) zu beseitigen. Zwingend erforderlich seien „grundlegende[] Begriffe“ (ebd.: 36) einer neuen theoretischen Sprache, die Foucault zu liefern gedenkt. In der problematisierenden Begutachtung der „Auftrittsbedingungen“ (Stäheli 2000: 45) solcher Diskurselemente, von Aussagen und „Dispositiven“ (dazu Link 2008) verweist die Foucault'sche Perspektive auf die postmarxistische Ideologiekritik, weil Standortgebundenheit entlarvt und Machtverhältnisse mit dem Ziel dekonstruiert werden, „nicht dermaßen regiert zu werden“ (Foucault 2010: 240). So avanciert die Suche nach einer anderen Sprache, nach alternativen Institutionen und subversiven Selbsttechniken zur einzigen Strategie, derer sich die im Geflecht ubiquitärer Mächte eingezwängten Subjekte noch bedienen können.

Dekonstruktion im *engeren* Sinne ist demgegenüber mit der Konjunktur poststrukturalistischer Perspektiven seit den 1970er Jahren, mit Jacques Derrida, neueren feministischen Ansätzen sowie Entwicklungen innerhalb der amerikanischen Literaturtheorie verbunden, welche noch einen Schritt weiterzugehen beabsichtigen (dazu Eagleton 2008; Haverkamp 1995; Johnson 1994).<sup>13</sup> Bei ihnen avanciert Dekonstruktion zu einem antisystemischen subversiven Denken, das Begriffssetzungen zu unterwandern und metaphysische Restbestände hermeneutisch-philosophischer Herangehensweisen zu delegitimieren sucht (Gondek/Waldenfels 1997). Ein eigentlicher Sinn kann danach gar nicht dechiffriert werden: „So gelesen sagen die Texte unfreiwillig mehr und anderes und oft auch das Gegenteil dessen, was sie zu sagen vorgeben“ (Wellmer 2002: 202).

---

13 Mittlerweile finden sich verschiedene Versuche, die Dekonstruktion von der Philosophie und den Kulturwissenschaften ins Feld der Politische Theorie zu übertragen (siehe Beardsworth 1996; Bonacker 2009; Caputi/Walsh 2017; Kramer 1991; Marchart 2010; Menke 2004; Sievi 2017).

Angesichts der Mehrdeutigkeit von Texten ist demnach eine übergeordnete Wissensposition undenkbar. Die Verabschiedung des metaphysischen Wahrheitsbegriffs geht mit der Zurschaustellung des grundsätzlich aporetischen Charakters von Sprache einher. Die Ambiguität der Signifikanten verhindert in dieser Perspektive „einen unveränderlichen Begriff als konstantes Signifikat auszumachen“ (Zima 2016: 67). So bleibt allein die Möglichkeit offen, die Fährte der unvermeidlichen Sinnverschiebungen und Bedeutungsverlagerungen aufzunehmen und nachzuverfolgen. Derridas Interesse richtet sich entsprechend darauf, „trace“, „différance“ und „dissémination“ zu umkreisen (ebd.: 67, 81). Der von ihm geprägte Ausdruck der „différance“<sup>14</sup> deutet auf ebensolche Sinnstreuungen, die aus dem doppelten Sachverhalt resultieren, dass Bedeutung einerseits mit dem jeweiligen Kontext variiert und andererseits in der Ausdruckswiederholung verloren geht. Beides steht, so das zugrundeliegende Argument, einer exakten Reproduktion von Sinn und mit ihr einer intersubjektiven Erfassung bestimmter Intentionen im Wege (Sievi 2017: 76, 100 sowie kritisch Habermas 1985: 224ff.). „Die Bewegung des Bezeichnens“, schreibt Derrida (1972: 437) in Abgrenzung zu Claude Lévi-Strauss‘ Strukturalismus, „fügt etwas hinzu, so daß immer ein Mehr vorhanden ist; diese Zutat aber bleibt flottierend, weil sie die Funktion der Stellvertretung, der Supplementierung eines Mangels auf seiten des Signifikats erfüllt.“ Solche Bedeutungsüberschüsse, die der „Bewegung der *Differenz selbst*“ entspringen, wie es in der *Grammatologie* heißt, gelte es zu verfolgen, um zu einem „Denken der Spur“ zu gelangen (Derrida 1974: 169; Herv. i. Orig.). Statt zwanghaft zu versuchen, jene Polysemien mithilfe subjektiver Deutungsanstrengungen und begrifflicher Gewalt zu übertünchen, bedürfe es eines gegenstandsachtenden Zugangs, der als Korrektiv vor einer „Monosemierung der Texte“ (Zima 2016: 90) bewahrt. Daher fasst das dekonstruktive Denken „jeden Untersuchungsbe- reich als Teil eines unendlichen Textes auf und hält sich selbst in einem unendlichen Verweisungsgefüge auf, ohne den Anspruch zu erheben, zu irgendwelchen Ursprüngen zu gelangen“ (Wiegerling 2007: 133). Die Multiplikation des Textsinns, wie sie schon beim späten Roland Barthes angelegt

---

14 Die von Derrida gewählte phonetisch nicht erkennbare, sondern nur im Schriftfranzösischen ersichtliche Unterscheidung zwischen beiden Begriffen, welche behelfsmäßig ins Deutsche als „Differenz“ und „Differänz“ übersetzt wurden, soll den Sachverhalt der Sinnverschiebung veranschaulichen. Damit liefert er ein anschauliches Beispiel für die in der Dekonstruktion weit verbreitete Praxis, über Begriffsneuschöpfungen eingefahrene Sprachspiele und die mit ihnen verbundenen Ordnungen des Wissens aufzubrechen.



ist (Ette 2017), wird gespeist durch die mannigfaltige Welt der Zeichen, derer man in verschiedene Richtung nachgehen, aufgrund derer man jeden Text gegen den Strich lesen kann (Quadflieg 2007). Derrida „schneidet bestimmte Begriffe aus ihnen [den gelesenen Texten] heraus, um sie dann in den mit ihrer Hilfe gelesenen Text wiedereintreten zu lassen“ (Bennington/Derrida 1994: 103). Jeder Begriff birgt gleichsam eine „metasprachliche Tendenz“, die über den „Ursprungstext“ (ebd.) hinausweist und dennoch erst in dessen Licht Kontur erhält.<sup>15</sup> Diese Verfahrensweise soll die Grenzen des begrifflichen Denkens umreißen, der Alterität Rechnung tragen und kann als Bruch mit dem hermeneutischen Diktum der Kohärenz verstanden werden.

Insgesamt erfolgt der Angriff auf die vermeintliche Eindeutigkeit von Begriffen unter epistemisch-sprachlichen Vorzeichen. Wenn Begriffe das, was sie zu repräsentieren beanspruchen, immer schon mitkonstruieren, wenn Sprache das, was sie benennen will, in dem Moment einer Aussage mitkonstituiert, dann etablieren sie jeweils eine spezifische Ordnung von Subjekt und Objekt (Zapf 2013: 80). Insofern zeitigen Begriffe reale Effekte, produzieren Macht und spannen einen Bedeutungsraum auf, zu dem sich eine Anwendergemeinschaft von Sprache verhalten muss, der in Diskursen jedoch meist implizit und weitgehend unreflektiert vorausgesetzt wird. Die DekonstruktivistInnen erteilen der von ihnen angenommenen Hybris einer gänzlich durchsichtigen Welt eine Absage und konfrontieren scheinbar wohldefinierte Begriffe wie Recht, Wahrheit, Gemeinschaft, Subjekt, Volkssouveränität oder Utopie mit den ihnen innewohnenden „untilgbare[n] Ambivalenzen“ (Bonacker 2009: 205) und Paradoxien, die zutage treten, sobald semantische Identität in der sinnbegebenden Zeichenwiederholung zerfällt und die Bedingung der Möglichkeit des jeweiligen Begriffs dem stipulierten Gehalt zuwiderläuft.<sup>16</sup> Im offenen Verweisungszusammenhang der Signifikanten sei es notwendig, so die gemeinsame Überzeugung de-

---

15 Bezogen auf politische Begriffe lässt sich dieses Vorgehen in Derridas dekonstruktiver Lektüre Walter Benjamins oder in seiner Auseinandersetzung mit Paul Valéry verdeutlichen, anhand derer er den Grund des Gesetzes, das Konzept der Souveränität sowie das der kulturellen Identität seziert (Derrida 1991, 1992). Bedeutend für die politische Theorie ist daneben sein Versuch, den Begriff der Politik an den der Freundschaft zu koppeln und die Vorstellung einer „kommenden Demokratie“ zu entwickeln (Derrida 2002, 2003; dazu Flügel 2007).

16 Diese Weichenstellung hat weitreichende Implikationen für eine Theorie der Übersetzung, die einem aporetischen Unterfangen gleicht, weil stets ein unübersetzbarer Rest verweilt, der beim Übertragungsversuch in ein anderes Sprachsystem auf der Strecke bleibt. Sofern man dieses Wagnis doch einzugehen bereit ist, gelte es, sich

konstruktivistischer Denkerinnen und Denker, insbesondere das Nebensächliche ins Auge zu fassen und eine Lektüre zu präsentieren, die die Ausweglosigkeit erschöpfender Begriffsbestimmungen vorführt. Nicht umsonst entbrennen unentwegt sozialwissenschaftliche Debatten um die Definierbarkeit bestimmter Termini, welche aus Sicht jener Autoren von vornherein zum Scheitern verurteilt seien.

Im dekonstruktiven Denken tun sich hier wenigstens zwei Strategien der Begriffsarbeit auf: Im Rückgriff auf Neologismen und Begriffsneuschöpfungen kann Distanz zu existierenden Konzepten signalisiert werden. Entlarvt wird ein mehrfacher Mythos: zum einen die textuelle Einheit und mit ihr die Einheit des Subjekts, zum anderen jegliche Verständigungshoffnung, die allzu leicht „das Herrschaftsprinzip in der Sprache“ (Zima 2016: 51) zu kaschieren sucht. Das von Nietzsche herkommende anarchische Moment der Dekonstruktion bricht sich hier Bahn, weil diskursive Hierarchien umgestoßen, weil etablierte Sprachschemata durch einen alternativen Stil, ein heterogenes Sprachspiel aufgebrochen werden. So mag, um mit Richard Rorty (2012: 31) zu sprechen, ein besonders reizvolles „Vokabular“ entwickelt werden, mittels dessen besondere Facetten bestimmter Sachverhalte fokussiert werden können. Alternativ dazu können Begriffe auch in andere Bereiche transferiert und rekonzeptualisiert werden, um sie aus dem dominierenden Sprachgebrauch herauszulösen. In beiden Fällen gilt es aber, die Grundlage der Begriffe selbst zu zersetzen, ihr vermeintlich sicheres Fundament infrage zu stellen. Die Pointe dieser Sicht der Dinge besteht darin, zu verdeutlichen, dass fixierte Definitionen nicht über einen entscheidenden Umstand hinwegzutäuschen vermögen: Grundbegriffe sind letztlich auf Treibsand gebaut.

#### 4. Analytische und normative politische Theorie: Die Normierung der Begriffe

Der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und vermutlich nach wie vor dominante Zugang zu politischer Theorie im englischsprachigen Raum – und damit international am einflussreichsten – ist jener der *analytical political theory* oder auch normativen politischen Theorie. Dieser Zugang zeichnet sich primär durch eine ideale Begriffsbegründung und systemati-

---

weniger auf den Inhalt des Originals zu konzentrieren denn auf dessen Ausdruck, den man in der Neukonstruktion einzufangen habe (Hirsch 1997).

sche Begriffsbildung aus.<sup>17</sup> Das bedeutendste Werk ist zweifelsfrei die 1971 von John Rawls publizierte *Theory of Justice*. Freilich existierten Formen analytischer politischer Theorie bereits seit den 1940er und 1950er Jahren im Zuge einer umfassenden Neuausrichtung englischsprachiger Philosophie: weg vom Neo-Idealismus und hin zu logischem Positivismus und Sprachphilosophie (Vincent 2004: 85).

So ist prinzipiell festzuhalten, dass unter dem Einfluss von logischem Positivismus und Sprachphilosophie in weiten Teilen des zwanzigsten Jahrhunderts analytische *Philosophie* im angloamerikanischen Raum als nahezu identisch gesehen wurde mit „conceptual analysis“ (Olsthoorn 2017: 153). Insofern ist es nicht verwunderlich, dass auch analytische *politische Theorie* in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen „conceptualist focus“ (Vincent 2004: 104) einnahm. Bereits in den 1950er Jahren wurden so in der englischsprachigen politischen Theorie vermehrt Begriffsanalysen betrieben (Hampsher-Monk 2015). Hier ist etwa Thomas D. Weldon's *The Vocabulary of Politics* (1953) hervorzuheben. Weldon rekurrierte dabei eklektisch auf den logischen Positivismus und die Sprachphilosophie. Ihm ging es sowohl um die Beobachtung von Sprachgebrauch als auch darum, neutrale Definitionen politischer Begriffe darzulegen, die bestimmte Verwendungsweisen verwerfen und allgemeine Akzeptanz beanspruchen sollten (Bellamy/Mason 2003: 1; Vincent 2004: 90f.).<sup>18</sup>

Während andere politische Theoretiker in der analytischen Tradition konsistenter innerhalb des Frameworks der *ordinary language philosophy* operierten und sich reiner Begriffsanalyse (wenngleich auch vereinzelt Versuchen der ‚Begriffsverbesserung‘) verschrieben, so war die weitaus bedeutendere Entwicklung John Rawls' explizite Hinwendung zu normativen Fragen. Dies geschah in bewusster Abwendung zum mehr oder weniger impliziten Relativismus und des Inkommensurabilitätspostulats der sprachphilosophisch orientierten Politischen Theorie (Vincent 2004: 109f.).<sup>19</sup>

Dabei stellte Rawls keinesfalls die Pluralität von Begriffsverständnissen in Abrede. Mit der analytischen Differenzierung von *concept* und *concepti-*

---

17 Synonym mit *analytical political theory* wird oft von englischsprachigen Vertretern dieser Strömung der Terminus *normative political theory* gebraucht. Die Bezeichnung rekurriert dabei auf die Unterscheidung zwischen analytischer und kontinentaler Philosophie (Arnold 2020; Owen 2016).

18 Ein anderes bekanntes, aber viel späteres, Beispiel in diesem Sinne ist Felix Oppenheims *Political Concepts: A Reconstruction* (1981).

19 Siehe Forrester (2019: 8f.) für die Auseinandersetzung des frühen Rawls mit Ludwig Wittgenstein.

ons hat er vielmehr – aufbauend auf H.L.A. Hart – zu Beginn seines *Opus magnum* versucht, die inhärente Vieldeutigkeit der Gerechtigkeit auf den Punkt zu bringen: Ein konkreter Begriff (*concept*), bspw. *Verteilungsgerechtigkeit*, erfährt demnach sehr unterschiedliche und konkurrierende Interpretationen oder Ausdeutungen, die als *conceptions* beschrieben werden.<sup>20</sup> Diese in der analytischen politischen Theorie weithin akzeptierte Unterscheidung ermöglicht somit Verständigung über unterschiedliche Interpretationen eines Begriffs, die wiederum divergente normative und empirische Annahmen reflektieren. Dies ersetzt in Teilen den Ansatz, möglichst wertneutrale Begriffsdefinitionen zu geben.<sup>21</sup>

Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Rawls die *concept-conceptions*-Differenzierung in der Absicht vornahm, einen intuitiv plausiblen Begriffskern zu identifizieren und weiterzuentwickeln. Im Mittelpunkt stand dabei *Gerechtigkeit* als eine Art Super-Begriff, der ein normatives Primat gegenüber anderen Begriffen reklamiert (Vincent 2004: 111). Dabei rekurrierte Rawls bekanntermaßen auf Kants Moralphilosophie und dessen Vernunftkonzeption, wonach sich Begriffe als „reflektierte“ Vorstellungen dessen verstehen lassen, „was mehreren Objekten gemein ist“ (Kant 2011: 521). Aus (neo-)kantianischer Perspektive lässt sich ein Raum von Ideen und Begriffen entwickeln, die logisch der empirischen Welt vorausgehen. Das autonome Subjekt besitzt einen Zugang zu diesem transzendent-idealen Raum von Gründen und Begründungen, der nicht auf kontingente soziale Beziehungen und historische Umstände reduziert werden kann. Gewisse Begriffsinhalte können somit aus dieser Perspektive auch unabhängig von soziokulturellen Kontexten überzeitlichen Bestand beanspruchen. Für das Verständnis von politischen (Grund-) Begriffen und dem Umgang mit ihnen bedeutet dies, dass viele analytische politische Theoretiker davon ausgehen, dass politische Problemstellungen und Normen – und damit

---

20 Für eine kritische Diskussion dieser Differenzierung, siehe Olsthoorn (2017: 159ff.). Die deutsche Übersetzung der „Unterscheidung zwischen dem Begriff der Gerechtigkeit und den einzelnen Gerechtigkeitsvorstellungen“ (Rawls 1979: 22) kann diese semantische Differenzierung nicht transportieren.

21 Siehe beispielsweise Feinberg (1969: 4) in Bezug auf moralische Begriffe: „There comes a time, in fact very early in the game, when intelligent argument over rival doctrines must be postponed and critical attention directed instead to the crucial moral concepts themselves. For several reasons it is necessary to analyse these concepts objectively – quite apart from the context of any theory and with no aim at ideological axe-grinding.” Bellamy und Mason (2003: 1f.) verwerfen hingegen einen solchen Ansatz hinsichtlich politischer Begriffe.

häufig auch die Begriffe – transtemporaler Konversation und Verständigung zugänglich sind.

Wenngleich der Rawlssche Zugang zu Begriffen nicht der einzige innerhalb der analytischen politischen Theorie ist, so ist es doch der mit großem Abstand bedeutendste, dessen Ansatz von zahlreichen politiktheoretischen Denkern wie Robert Nozick, Ronald Dworkin oder Will Kymlicka aufgegriffen worden ist. Im deutschen Diskussionszusammenhang sind es ebenfalls neokantianische Herangehensweisen, die sich dieser Art der Begriffsbildung bedienen. Peter Niesen und Rainer Forst verwenden beispielsweise die erwähnte *concept-conceptions*-Unterscheidung, um Tiefenschärfe im Hinblick auf politische Grundbegriffe wie den der *konstituierenden Macht* oder den der *Solidarität* zu gewinnen (Niesen 2019: 5; Forst 2021: 99). Der Gefahr, eine bloß partikuläre Konzeption zum eigentlichen Kerngehalt eines Begriffs zu stilisieren, lasse sich dabei, wie Forst herausstellt, nur begegnen, indem man die konzeptionellen Schnittmengen rückbindet an historische Kontexte, in denen das begrifflich zu erfassende Phänomen exemplarisch-paradigmatisch aufscheint (Forst 2021: 100). Insofern wird ersichtlich, dass eine bestimmte Entwicklungslinie der neueren Kritischen Theorie begriffsmethodische Anregungen aus der angelsächsischen politischen Theorie aufnimmt und für die eigenen emanzipatorischen Anliegen in Anschlag bringen will.<sup>22</sup>

Fest steht jedenfalls, dass selbst viele der schärfsten Kritiker von Rawls letztlich in seinem *Framework* operieren und unter Bezugnahme auf seine theoretischen Werkzeuge argumentieren. So konnte auch Ende der 1990er Jahre gleichermaßen selbstgerecht wie vermutlich korrekt konstatiert werden, dass nahezu ausschließlich „methodological Rawlsianism“ innerhalb der „mainstream contemporary political theory in the English-speaking world“ praktiziert werde (Norman 1998: 276). Und auch unabhängig davon lässt sich festhalten, dass der Großteil der analytischen politischen Theorie Positionen vertritt, die gemeinhin unter dem Rubrum des moralischen Universalismus firmieren können, d.h. die auf der Basis der Annahme ope-

---

22 Es wäre zu prüfen, inwieweit sich davon eine neohegelianische Linie kritisch-theoretischer Begriffsarbeit abgrenzen ließe. In deren Zentrum steht, wie man mit Jürgen Habermas und Axel Honneth zeigen kann, eine reflexive Begriffstheorie, die den Entstehungs- und Verwendungszusammenhang von Begriffen analysiert und diese in Tuchfühlung mit der sozialen Realität in aufklärerischer Absicht fortzubilden beabsichtigt. Typischerweise ersetzt dann eine stärker sozialgeschichtlich gefärbte Methodik jene elaborierte Sprachanalyse, welche die bisherigen Ansätze in aller Regel auszeichnet (siehe Habermas 1978; 2019; Honneth 2017; 2019).

rieren, dass es eine universelle Moral (und damit häufig auch universelle Begriffe) gibt, die unabhängig von partikularen Normen und Kontexten der menschlichen Vernunft zugänglich ist (Kelly 2011: 27f.).

Der explizit normative Charakter analytischer politischer Theorie (Rawlsianischer und anderer, etwa konsequentialistischer Couleur) bedeutet freilich nicht, dass jegliche Auseinandersetzungen mit politischen Begriffen dieses Zugangs normativen Charakter annehmen. Bis heute wird in der Tradition analytischer politischer Theorie auch Begriffsarbeit geleistet, die nicht (oder zumindest nicht in erster Linie) normative Aussagen treffen will.<sup>23</sup> Dies ist für das Selbstverständnis analytischer politische Theorie insofern zentral, da sich dieser Zugang – in gewisser Hinsicht nach wie vor in der Tradition des logischen Positivismus und der Sprachphilosophie stehend – höchster sprachlicher Präzision verschreibt und Klarheit und Stringenz des Denken sowie der Argumentation für sich beansprucht. Freilich übernimmt die Arbeit an Begriffen dabei meist eine unterstützende Rolle für das übergreifende Projekt normativer Rechtfertigung.<sup>24</sup>

Die analytische politische Theorie teilt also mit den ideengeschichtlichen und dekonstruktiven Ansätzen die Arbeit an politischen Begriffen, unterscheidet sich von diesen aber in Hinblick auf die philosophischen Hintergrundannahmen und die generelle Stoßrichtung. Sowohl das ideengeschichtliche als auch das dekonstruktivistische Unterfangen haben aus Sicht der analytischen und normativen politischen Theorie mehrere offene Flanken. Insbesondere wird kritisiert, dass aus dem prinzipiellen Abgang auf die Möglichkeit von universellen Geltungsansprüchen eine Beliebigkeit erwachsen würde, während sich die damit verbundene relativistische Sicht der Dinge in performative (Selbst-)Widersprüche verstricke. So wird diesen Denkschulen auch explizit eine „tyranny of localism“ (Kelly 2011: 23) bzw. ein historischer Reduktionismus philosophischer Sachverhalte vorgeworfen, da hier die Möglichkeiten der begrifflichen Fixierung, der Abstraktion von partikularen sozialen Normen und der transtemporalen Verständigung

---

23 Für den Versuch konzeptionelle Analyse und normative Aussagen innerhalb analytisch-politiktheoretischer Arbeit weitestgehend zu trennen, siehe beispielsweise Olsthoorn (2017).

24 So Norman (1998: 280): „Of course the justification of institutions is not the only project that counts as political philosophy. Enquiring into the nature of the political, or of modernity, and analysing fundamental political concepts like freedom, power, and law, are also legitimate parts of political philosophy. [...] But these are not projects methodological Rawlsians tend to find intrinsically interesting. They engage in them only when this is required for the sake of larger justificatory arguments for (or against) a particular theory or institution.“

ausgeschlossen werden. Während in den Ansätzen der Ideengeschichte und der Dekonstruktion Begriffe in ihrer Kontroversität analysiert und interpretiert werden – es also gerade um das Verständnis der Wandelbarkeit von Begriffen geht – zielt die analytische politische Theorie auf ideale Begriffsbildung, Begriffsdefinition, Vereindeutigung und begriffliche Normierung, um einen (kritischen) Maßstab zu schaffen, anhand dessen die politische Wirklichkeit geprüft werden kann. Politische Grundbegriffe lassen sich demnach als Leuchttürme verstehen, denen für die politiktheoretische Diskussion eine wesentliche Orientierungsfunktion zukommt.

##### 5. Zwischenfazit: Politische Grundbegriffe im vergleichenden Überblick

Die bisherigen Ausführungen dienen dem Zweck, den politiktheoretisch-ideengeschichtlichen Forschungsstand unter dem Gesichtspunkt aufzubereiten, welcher Begriff des Grundbegriffs den konkurrierenden politiktheoretischen und ideengeschichtlichen Ansätzen und Paradigmen zugrunde liegt. Die wesentlichen Bezugsautoren, die den hier präsentierten wissenschaftlichen Zugängen exemplarisch zugeordnet wurden, sind so systematisiert worden, dass deren Ansätze für eine synoptische Darstellung der Dimensionen von Grundbegriffen fruchtbar sind, ohne dabei über werkimmanente Spannungen oder traditionsinterne Auseinandersetzungen hinwegzugehen.

Obwohl ihr Fokus vordergründig variieren mag – während sich die einen verstärkt auf das *Konzept* oder den *Satz* als zentrales sprachliches Referenzobjekt und Bedeutungsträger beziehen, blicken die anderen zuvorderst auf *Texte* oder gar ganze *Diskurse* –, bleiben doch alle letztendlich auf die Kategorie der Begriffe angewiesen. Der zugestandenen Differenzen zum Trotz lassen sie sich deshalb miteinander mit Blick auf die unterschiedlichen Grundausrichtungen, Vorgehensweisen und Charakteristika in der nachfolgenden tabellarischen Übersicht vergleichend zusammenfassen.

Tabelle 1: Überblick der Begriffsforschung

	„Geschichtliche Grundbegriffe“	Cambridge School	Morphologischer Ansatz	Dekonstruktivismus	Analytische und normative Politische Theorie
Begriff	Hyponym zu <i>Wort</i> ; <i>Begriff</i> aber nicht definierbar (notwendig mehrdeutig)	Begriffe als Mittel zum Zweck von Aussagen / Argumenten	( <i>essentially</i> ) <i>contested concepts</i> (Gallie); „building blocks of political thought“ (Freeden)	Teil <i>wirklichkeits-</i> konstituierender <i>Diskurse</i> ; erhalten ihre Bestimmung über dynamische Differenzbeziehungen	Verbindung von Bezeichnung mit Konzept, definierbar und dienen dem Verstand im Urteilen
Grundbegriff	„Leitbegriffe (der geschichtlichen Bewegung)“; später Merkmal der Angewieseneheit	Kritik der Vorstellung elementarer (Grund-)Begriffe (~Ideen)	<i>main political concepts</i> „(...) consist of both ineliminable features and quasi-contingent ones“	Gegen die Vorstellung fixierbarer Grundbegriffe; sie stellen Deutungskämpfe still	eng begrenzte Anzahl von elementaren Begriffen der Beschäftigung mit Moral und Politik, teilweise überzeitlich
Politische Dimension	Begriffe als Faktoren der <i>Politisierung</i> & <i>Ideologisierung</i>	Begriffe als Ausdruck politisch-sozialer Konflikte	<i>Begriffe</i> als konstitutive Medien der ideologischen Kontroversen	Begriffe und ihre Anordnung Ergebnis von <i>Machtprozessen</i> ; Begriffsbestimmung = politischer Akt	deduktive Rechtfertigung und Kritik von Politik anhand der konstruierten Begriffe und der normativen Theorie
Funktion/en der (Grund-)Begriffe	Indikatoren & Faktoren des politisch-sozialen Wandels (der Moderne)	Begriffe (in Texten) als Teil von <i>Sprachhandlungen</i> (Sprechaktsituationen) zur Legitimation und Kritik	Mittel zum Zweck der ideologischen (Meta-)Politik (Strategie der <i>decontestation</i> )	Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Diskurse; Anhänger dekonstruktiver Kritik ( <i>negativer Bezug</i> )	Begriffe ermöglichen Theoriekonstruktion und trans temporale Verständigung
Zugang (Methoden) & Fokus	synchrone & diachrone Rekonstruktion des Begriffswandels; Fokus auf professionelles & gesellschaftliches politisches Denken	(semantische) Kontextualisierung der Begriffe in politischen Sprachen (synchrone Rekonstruktion); Fokus auf (semi-)professionelles Denken	Konstellationsanalyse von Begriffen; Ideologien ubiquitär (keine Phänomene (keine Unterscheidung von prof. u. nicht-prof. Denken)	Fabrikation von Begriffen darstellen und Bedeutungen verflüssigen, um <i>alternatives Vokabular</i> zu gewinnen	theoretisch und konzeptuelle Argumentation; definitorisch und logisch vorgehend



Offensichtlich sind manche der benannten Ansätze in epistemologischer Hinsicht so disparat, dass sie sich bereits von ihrer Anlage her gegenseitig ausschließen. Nicht nur herrscht Uneinigkeit über die Prämissen, unter deren Vorzeichen grundlegende Begrifflichkeiten untersucht werden sollen, ebenso umstritten ist die Frage, was einen Grundbegriff eigentlich zu einem *politischen* Grundbegriff macht. Selbst *innerhalb* der hier zusammengefassten Ansätze ist es herausfordernd, einen kleinsten gemeinsamen Nenner auszumachen; dies gilt umso mehr zwischen den konkurrierenden „Schulen“. Um zu vermeiden, sich in jene Grabenkämpfe verwickeln zu lassen, könnte eine pragmatische Antwort auf diese Frage für die hier dargestellten Ansätze lauten, dass die Politizität eines Begriffs letztlich über die Akteure bestimmbar bleibt, die sich seiner bedienen. Soziale Bewegungen und politische Organisationen gehen anders mit politischen (Grund-)Begriffen um als staatliche Behörden oder die Scientific Community, denn sie folgen unterschiedlichen begriffsstrategischen Rationalitäten, da sie divergente soziale Handlungsfelder bespielen.

Weil politischen Begriffen somit in Theorie und Praxis unterschiedliche Aufgaben zukommen, lassen sich ihnen systematisch drei verschiedene Funktionen zuschreiben. Diese schließen sich nicht zwingend aus, allerdings ist rasch ersichtlich, dass jede Denkströmung bestimmte Funktionen besser in den Blick bekommt als die jeweils andere und insofern unterschiedliche Schwerpunkte setzt. Geht es im Kern um einen historisch-systematischen Umgang mit Begriffen, so sind zunächst jene Theorien angesprochen, denen an einem *deskriptiven* Zugang im Sinne einer Kartographie gelegen ist. Dieses Anliegen bildet die Grundlage, auf der sich das komplexe methodologische Instrumentarium der Begriffsgeschichte, der *Cambridge School* sowie der Ideologieforschung entwickelt hat. Wenn demgegenüber *intervenierend* mit Begriffen gearbeitet werden soll, dann eignen sich jene Herangehensweisen besonders, die auf eine Irritation der (meta-)sprachlichen Konventionen abzielen, wie in den herrschafts- und machtkritischen Ansätzen des Dekonstruktivismus. Der dritte Zugang rückt wiederum die Zergliederung, Fixierung und/oder Weiterentwicklung von Grundbegriffen ins Zentrum, hat also einen *systematisierenden* und *begriffsfortbildenden* Anspruch. Analytische und normative Theorien sehen sich häufig mit der Aufgabe betraut, das politische Vokabular schlüssig aufzubereiten und so in Form zu bringen, dass es zur Lösung zeitgenössischer Herausforderungen geeignet bleibt. Die Entscheidung, sich bei der eigenen Analyse an einen bestimmten Ansatz anzulehnen, hat folglich entlang zweier Kriterien zu erfolgen: einerseits dem jeweiligen Erkenntnisinteresse und

andererseits dem epistemischen Selbstverständnis der Forschenden. Nicht alle Herangehensweisen sind gleichermaßen gut geeignet, um bestimmte begriffliche Sachverhalte zu ergründen. In den bisherigen Ausführungen ging es nicht um eine Synthese der drei hier zugespitzten Ansätze – eine solche scheint, wie gezeigt, weder möglich noch wünschenswert –, stattdessen stand die vergleichende Darstellung im Vordergrund, von der ausgehend nun systematisch über weitere Forschungsperspektiven nachgedacht werden kann.

## 6. Funktionen und Heuristik politischer und politiktheoretischer Grundbegriffe

Der Durchgang durch die Forschungsansätze der politiktheoretischen und ideengeschichtlichen Beschäftigung mit politischen Grundbegriffen hat eine Reihe von Erkenntnissen und Problembereichen zutage gefördert. Aufbauend auf dieser Rekonstruktion und Darstellung soll es im Folgenden darum gehen, wesentliche Charakteristika und Funktionen von politischen Grundbegriffen herauszuarbeiten sowie Forschungsperspektiven aufzuzeigen.

### 6.1. Charakteristika politischer Grundbegriffe

Was zeichnet politische Grundbegriffe aus, inwiefern unterscheiden sich diese von anderen (apolitischen) Grundbegriffen und was macht einen Begriff zum Grundbegriff? Grundbegriffe sind daran erkennbar, dass sie in unterschiedlichen Kontexten wiederholt und herausgehoben verwandt, an bekannte Bedeutungen anknüpfen und gegebenenfalls weiterentwickelt werden. Der *Grund* der politischen *Grundbegriffe* lässt sich insofern im Sinne eines *Fundaments* im politisch-sozialen Vokabular verstehen. Um auf das eingangs eingeführte Beispiel zurückzukommen: Für die Überschrift des Koalitionsvertrags der regierenden Ampel-Koalition „Mehr Fortschritt wagen“ kann dies paradigmatisch gelten, denn hier wird die Verbindung zu Willy Brandts ikonisch gewordenem „Mehr Demokratie wagen“ gezogen und es soll mit dem Begriff des *Fortschritts* ein Aufbruch als bewusste politische Gestaltung einer zukünftigen Entwicklung vermittelt werden. Dies funktioniert nur für solche Begriffe, die eine gewisse Geschichte und Bekanntheit aufweisen. Wie der Untertitel des derzeitigen Koalitionsvertrags

„Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ zeigt, werden weitere Begriffe verwandt, die angesichts ihrer Prominenz als politische Grundbegriffe gelten können. Während *Freiheit* und *Gerechtigkeit* mindestens seit zwei Jahrhunderten etablierte Grundbegriffe sind, ist *Nachhaltigkeit* als mit der ökologischen Herausforderung verbundener Leitbegriff erst in den letzten Jahrzehnten hinzugetreten.

Auch wenn sich also der Begriffshaushalt erweitern kann, andere Begriffe der Vergessenheit anheimfallen können – Grundbegriffe sind daran erkennbar, dass ihnen ein quasi-kanonischer Status in der politischen Sprache zugewiesen wird. Ein möglicher Kanon von Grundbegriffen, wie er bspw. in einschlägigen Lexika fixiert wird, ist nicht in Stein gemeißelt, sondern kann erweitert werden, manche überlieferten Begriffe werden getilgt, andere werden neu oder erneut aufgenommen. Dabei zeichnet sich der Prozess der Kanonisierung von Grundbegriffen selbst durch seine historische Kontingenz aus, die in sozial- und begriffsgeschichtlicher Perspektive die Frage nach Wendepunkten, historischen Konstellationen und Trägergruppen aufruft (wie sie etwa im Projekt der *Geschichtlichen Grundbegriffe* untersucht wurden). Zugleich aber verweist Kanonisierung auch auf die intentionale Dimension einer strategischen Begriffsverwendung und -prägung, mit anderen Worten: auf Begriffspolitik durch interessierte Akteure.

Dabei kann man zwischen mindestens drei Akteursgruppen differenzieren, die auf unterschiedlichen Ebenen durch ihr Sprechhandeln den Begriffshaushalt mitgestalten: *Erstens* sind es (politik-)wissenschaftliche Akteure, die sich in analytischer, deskriptiver oder normativer Absicht auf Begriffe beziehen und ihnen eine besondere wissenschaftliche Bedeutung zuschreiben. *Zweitens* sind es politische Eliten, die sich bestimmter Grundbegriffe in programmatischer oder orientierender Weise bedienen, um Interessen und Sichtweisen in der Politik durchzusetzen oder um die Unterstützung von Bevölkerung, Wählerschaft oder Verbündeten zu mobilisieren. Davon sind schließlich *drittens* die Bürgerinnen und Bürger als Akteure und die von ihnen geäußerten alltagssprachlichen Verständnisse politischer Grundbegriffe zu unterscheiden, in denen immer auch politische Erwartungen und Vorstellungen von Politik zum Ausdruck kommen.

Diese Differenzierung nach Akteursgruppen führt unmittelbar vor Augen, dass die Kanonisierung von Grundbegriffen stets prekär ist. Denn sowohl innerhalb als auch zwischen den drei Akteursgruppen gibt es keinen dauerhaften Konsens über politische Grundbegriffe und ihre Semantik. Der Verweis auf diese grundsätzliche Vorläufigkeit und die Prekarität von

Kanonisierungsprozessen sollte indes nicht vorschnell mit einer generellen Absage an den Versuch einer Kanonisierung von Grundbegriffen überhaupt gleichgesetzt werden. Vielmehr sollte Kanonisierung als dynamischer Prozess verstanden werden, der erst Spannungen und Brüche hinsichtlich der verwendeten Grundbegriffe und ihrer Semantik zwischen den drei Akteursebenen sowie innerhalb der jeweiligen Akteursgruppe sichtbar werden lässt. Schließlich zeichnet die Kanonbildung eine Paradoxie aus – ist doch erst im Angesicht des Prozesses der Systematisierung und Fixierung des Kanons die Diagnose und Kritik seiner blinden Flecken möglich.

Politische Grundbegriffe sind folglich durch eine Wiederholungsstruktur gekennzeichnet; sie werden im politischen und politiktheoretischen Diskurs immer wieder aufgegriffen und somit als Grundbegriffe fixiert. Vor diesem Hintergrund ist es zwar eine nachvollziehbare Einschränkung, wenn Göhler, Iser und Kerner (2011) nur jene Leitbegriffe thematisieren wollen, die in der Debatte der letzten drei Jahrzehnte von elementarer Bedeutung waren und die für konkrete Sachverhalte stehen, an denen sich Kontroversen entzünden: „Grundbegriffe sind damit so etwas wie ein Seismograph für theoretische Bewegungen“ (ebd.: 7). Ihr Studium erlaube es, empirische Problemlagen, gesellschaftliche Spannungen und mehr oder weniger latente Bruchpunkte zutage zu fördern. Von ihnen ausgehend lassen sich gerichtete Tiefenbohrungen durchführen, mittels derer zeitgenössische und frühere gesellschaftliche Auseinandersetzungen nachvollzogen werden können. Diese Strategie wählen auch Münkler und Straßenberger (2016: 10), die entlang der politischen Auseinandersetzungen über „Leitbegriffe, die Eckpunkte eines Problemfeldes“ markieren, in die Politische Theorie und Ideengeschichte einführen. Aber hier wie dort bleibt unausgesprochen, was darüber hinaus einen politischen Begriff zum *Leit-* bzw. *Grundbegriff* macht und welche Kriterien hierfür heranzuziehen sind. Diese Leerstelle soll im Folgenden versucht werden zu schließen.

In grundlegender Hinsicht ist zunächst festzuhalten, dass Begriffe auf zweierlei Bezugsebenen angesiedelt sind, denn sie operieren nicht nur als sprachliches Zeichen der Verständigung, sondern verweisen zugleich auf mehr oder weniger konkrete Bezugsobjekte, die sich unter jene Konzepte subsumieren lassen. Zwischen der *Realitäts-* und der *Sprachebene* existiert ein Spannungsverhältnis. Dieses Spannungsfeld von Begriffen lässt sich im Anschluss an das sprachwissenschaftliche Modell des semiotischen Dreiecks als eine Beziehung von Wort (i.S. von Signifikant), Begriff (Signifikat) und Referent fassen, die somit nur im Kontext des jeweils konkreten so-

zialen und / oder politischen Diskurszusammenhangs verstanden werden kann.

Mit Blick auf die *inhaltliche Dimension* können Begriffe als Sachbezeichnungen (deskriptiv) oder auch Wertbegriffe (normativ) verwendet werden. In sachlicher Hinsicht können politische Grundbegriffe eine Vielzahl an unterschiedlichen inhaltlichen Bezügen aufweisen, etwa auf Objekte, Verfahren, Institutionen, Prozesse, normative Ideale oder Ausschnitte der sozialen Wirklichkeit bezogen sein. Grundbegriffen im Sinne von Wertbegriffen kann sowohl eine normativ-bestätigende als auch eine normativ-kritische Absicht eingeschrieben sein. Zudem sind die jeweilig der politischen oder wissenschaftlichen Sphäre entsprechend differenten Verwendungsweisen zu bedenken. Wie die Diskussionen zur grundsätzlichen Kontroversität und Unbestimmtheit von Begriffen gezeigt haben, sind die Bedeutungsdimensionen eines konkreten Wortes von den jeweiligen sprachlichen Kontexten abhängig. Der Grundbegriff *Bürger* bzw. *Bürgerin* macht dies deutlich: *Bürger* bezeichnet in sachlich-analytischer Dimension gewissermaßen die kleinste politische Einheit in einer politischen Ordnung und einen bestimmten politisch-rechtlichen Status; *Bürger* ist aber auch in normativer Hinsicht die wichtigste politische Einheit zur Legitimation der politischen Ordnung als Demokratie, so im emphatischen Sinne in der demokratietheoretischen Tradition des Kontraktualismus, in der republikanischen Theorie und vielen weiteren Strömungen.<sup>25</sup> Diese doppelte, sowohl deskriptive als auch normative Codierung wird in vielen politischen Grundbegriffen ersichtlich: So bezeichnet *Fortschritt* zunächst deskriptiv eine Weiterentwicklung, Steigerung oder Weiterkommen, etwa im Sinne des technologischen Fortschritts oder der politischen Lernfähigkeit. Zugleich ist dem Fortschrittsbegriff auch eine emphatische Konnotation zu eigen; als *fortschrittlich* werden dann etwa soziale Bewegungen bezeichnet, die sich für die Vertiefung der Demokratie oder Visionen einer gerechteren Gesellschaft einsetzen (Della Porta 2020: 21). Und um ein weiteres Beispiel zu nennen: auch für den Begriff des *Wohlfahrtsstaates*, der aufgrund seines Institutionenbezugs auf den ersten Blick als *terminus technicus* in praktischen *policy*-Fragen Verwendung findet, ist bei näherem Hinsehen eine normative Codierung und historisch-kulturelle Prägung evident.<sup>26</sup> Denn mit dem Begriff *Wohlfahrtsstaat* werden konkrete Prozesse und Institutionalisierungen einer umverteilenden staatlichen Sozialpolitik aufgerufen, wie auch

---

25 Siehe dazu den Beitrag von Sandra Seubert in diesem Band.

26 Siehe den Beitrag von Frank Nullmeier in diesem Band.

darüber hinaus normative Ideale, die aus einem pluralen ideologischen Reservoir schöpfen, das von Sozialismus und Sozialdemokratie bis hin zur katholischen Soziallehre reicht. Im Begriff des *Wohlfahrtsstaats* schwingen Wertideen wie die der Solidarität, der Generationengerechtigkeit oder der Subsidiarität genauso mit, wie auch kollektivistische Gemeinschaftsvorstellungen mit ihm verbunden sein können.

Die Bandbreite dieser Wertideen ist zugleich auch ein Hinweis darauf, dass eine Annäherung an *das Politische* der politischen Grundbegriffe nur kontextbedingt möglich ist und sich einer definitorischen Fixierung entzieht. Es zeichnet politische Grundbegriffe ganz im Gegenteil aus, dass sie in wechselnden Kontexten und in der Verwendung durch wechselnde Akteure, die ihr Handeln als politisch qualifizieren und jeweils situativ politische Bedeutung einschreiben, als Bezugspunkt dienen. Gerade weil Begriffsgrenzen nicht final festgezurr, sondern, wenn überhaupt, nur temporär fixiert werden können, zirkulieren Begriffe als „travelling concepts“ über Disziplinen hinweg – zu denken wäre etwa an *System*, *Resilienz* oder *Revolution* – und erweisen sich auch in anderen Verwendungskontexten als fruchtbar (Müller/Schmieder 2020: 58).

## 6.2. Funktionen politischer Grundbegriffe

Politische Grundbegrifflichkeit kann als eine Eigenschaft verstanden werden, die diskursiv hergestellt werden muss und immer kontextabhängig und in diesem Sinne vorläufig ist. Entsprechend lassen sich auch die Funktionen politischer Grundbegriffe je nach dem Zusammenhang, in dem sie verwendet werden, unterscheiden. Politische Akteure nutzen Begriffe in strategischer Absicht, die kritisch-analytisch, legitimatorisch-begründend oder programmatisch-orientierend motiviert sein kann. So gibt der Untertitel des Koalitionsvertrags mit Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit die programmatisch-orientierenden Leitwerte der beteiligten Parteien an. Wenn dagegen soziale Protestbewegungen wie Fridays for Future von Krise, Solidarität oder Klimagerechtigkeit sprechen, dann tun sie dies vor allem in kritisch-analytischer Absicht. Und wenn wiederum das Bundesverfassungsgericht in seinem Klima-Beschluss intertemporale Freiheitssicherung und die Schonung künftiger Freiheit nennt, dann erfolgt dies in legitimatorisch-

begründender Absicht, um verfassungsrechtliche Bindungen des Gesetzgebers zu rechtfertigen.<sup>27</sup>

In grundlegend anderer, nämlich epistemischer und heuristischer Funktion werden politische Grundbegriffe in wissenschaftlicher Kommunikation verwendet. Auch hier wird eine analytisch-deskriptive oder eine normative Dimension erkennbar. *Staat, Bürger, Demokratie* – diese und zahlreiche (aber nicht beliebig viele) Grundbegriffe bilden in der politikwissenschaftlichen Debatte die Terminologie, mit der politikwissenschaftliche Erkenntnisse über Sachverhalte, Zusammenhänge und Bewertungen sprachlich geordnet, gebündelt und fokussiert präsentiert werden. In eben diesem Sinne hat Max Weber einst seinen Ansatz strenger Begriffsdefinition verstanden:

„Die Methode dieser einleitenden, nicht gut zu entbehrenden, aber unvermeidlich abstrakt und wirklichkeitsfremd wirkenden Begriffsdefinition beansprucht in keiner Art: neu zu sein. Im Gegenteil wünscht sie nur in – wie gehofft wird – zweckmäßigerer und etwas konkreterer [...] Ausdrucksweise zu formulieren, was jede empirische Soziologie tatsächlich meint, wenn sie von den gleichen Dingen spricht“ (Weber MWG I/23, 147-149).

Auch wenn Webers Erläuterung vor dem Hintergrund der seinerzeit im Entstehen begriffenen Disziplin der Soziologie zu sehen ist, wird hier eine heuristische Funktion deutlich, die auch für die professionelle Arbeit an Begriffen in der Politikwissenschaft relevant ist. Für die Politische Theorie im Speziellen gilt darüber hinaus, dass ihr Begriffshaushalt auf spezifische theoriegeschichtliche Traditionen verweist, deren Bedeutung und Angemessenheit es für die Analyse politischer Phänomene immer neu zu problematisieren gilt, insbesondere mit Blick auf ihre Verwendung jenseits westlicher Kontexte. Zugleich gelingt die Untersuchung dieser Kontextabhängigkeit nur auf der Basis einer gemeinsamen Wissenschaftssprache, die Begriffe mit dem Anspruch allgemeiner oder abstrakter bzw. universeller Kategorien wie etwa Macht, Gleichheit oder Institution kennt. Dann dienen die Begriffe ganz unterschiedlichen Theorieströmungen als Verständigungsrahmen und erfüllen eine binnenwissenschaftliche Orientierungsfunktion, indem sie das Fach bzw. die politikwissenschaftliche Teildisziplin der Politischen Theorie integrieren.

---

27 BVerfGE 157, 30.

Den Verwendungskontext transzendierend erfüllen politische Grundbegriffe in jedem Fall eine notwendige Orientierungsfunktion. Sie bilden das Fundament einer konkreten Sprache, ihre Kenntnis und ihre Geschichte sind für die Subjekte zum Verständnis der Welt unerlässlich. Begriffe fungieren somit als geistige *Ordnungsinstrumente*. Sie sollen die komplexe Realität mithilfe präziser Ausdrücke und Zeichen gliedern, um Gegenstände entlang geteilter Eigenschaften von anderen Gegenständen abzugrenzen (Nohlen/Schultze 2010: 77f.). Begriffe bilden generell das Kondensat unserer Vorstellungen über Sachverhalte und sollen deren Gemeinsames festhalten. Grundbegriffe fungieren als „indispensable tools for navigating the world“ (Olsthoorn 2017: 156), indem sie der Wahrnehmung und Deutung von Phänomenen eine (imaginierte) Ordnung geben. Auch politische Grundbegriffe übernehmen diese Funktion: sie stellen das semantische Koordinatensystem politischen Denkens her und sind unverzichtbar für die Wahrnehmung, Deutung und Gestaltung der politisch-sozialen Wirklichkeit. Zugleich ist ihre Semantik Teil eines kontroversen Deutungsprozesses in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft – je stärker die Kontroversität, desto eher kann die Ordnungsfunktion in die Stiftung von Unordnung umschlagen, aus der dann neue begriffliche Verständigungen erwachsen.

### *7. Ausblick: Forschungsperspektiven für die Untersuchung politischer Grundbegriffe*

Politische Grundbegriffe, so das Ergebnis dieser Untersuchung, sind wesentliche Bestandteile der politisch-sozialen Welt sowie der Reflexion auf diese Wirklichkeit im politischen Denken, die unterschiedliche und von ihrem Verwendungskontext abhängige Funktionen erfüllen – in kritischer, legitimatorischer, programmatischer Funktion in politischen Kontexten, in epistemisch-heuristischer Funktion in wissenschaftlicher Reflexion und generell immer orientierend werden sie von unterschiedlichen Sprechern bzw. Akteuren eingesetzt. Sie bilden zugleich unverzichtbare Analyseinstrumente für die politikwissenschaftliche Forschung als Objekt und Instrument von Forschung.

Eine zentrale Aufgabe empirisch-analytisch orientierter Forschung ist es, die Relevanz von Grundbegriffen in unterschiedlichen kulturellen und historischen Kontexten zu ermitteln und dabei auch den möglichen Wandel sowohl hinsichtlich der Verschiebungen von Bedeutungen einzelner Begrif-



fe als auch mit Blick auf Abgänge und Neuzugänge zu untersuchen. Ein Kriterium empirisch orientierter Forschung kann dabei die *quantitative* Verwendungshäufigkeit sein (bspw. durch Wortanalysen der Alltagssprachen), ein weiteres die *qualitative* Bedeutungsmessung (durch Verarbeitung in wissenschaftlichen Subsprachen). So ließe sich die Relevanz von Grundbegriffen feststellen. Für die Dimension der qualitativen Relevanz kommt den geisteswissenschaftlichen Disziplinen mit ihrer Ausweisung exponierter Begriffe eine konstitutive Rolle zu. Kanonisierte Grundbegriffe werden in den Fachlexika gesammelt<sup>28</sup> und der Status der jeweiligen Grundbegriffe wird wiederkehrend in den Publikationen sowie den Tagungsformaten einer Disziplin hinterfragt, revidiert oder angepasst.

Untersucht man in historischer Absicht den *Wandel* von Begriffen, so müssen stets die sprachlichen Kontexte berücksichtigt werden; die Explikation der synchronen Begriffskonstellationen bzw. Sprechakte bildet die notwendige Voraussetzung, um diachrone Begriffstransformationen zu konstatieren. Begriffe können über längere Zeit hinweg konstant bleiben, bis ihr Gebrauch und ihr Inhalt problematisch erscheint. Erst jetzt scheint eine Neuvermessung des semantischen Feldes angebracht, das der Begriff zu bestellen und dessen Grenzen er festzulegen hat. Ältere Termini können sich angesichts neuer Problemkonstellationen bewähren, sie können aber auch verabschiedet, vergessen oder durch Neologismen ersetzt werden, die sich sukzessive ihre Daseinsberechtigung im wissenschaftlichen oder alltagssprachlichen Gebrauch zu erkämpfen haben. Erst wenn in einer Untersuchung der Übergang vom okkasionellen zum usuellen Gebrauch gelingt, ist der Nachweis erbracht, dass sich neuartige Begriffe innerhalb sozialer Wirklichkeitskonstruktionen als funktional erwiesen haben (dazu Müller/Schmieder 2020: 104; Steinmetz 2008: 188f.). Ob sich Begriffe wie etwa *Nachhaltigkeit* oder *Transformation* in der politischen Sprache als Grundbegriffe etablieren, wird sich also erst noch weisen. Für eine angemessene Gesamtbetrachtung politischer Grundbegriffe ist zudem die Frage ihrer zukünftigen Entwicklung zu berücksichtigen. Inwiefern besteht ein Zusammenhang zwischen sich wandelnden gesellschaftspolitischen, ökonomischen und ökologischen Strukturbedingungen und sich verändernden politischen Grundbegriffen? Dabei ist nicht nur der schon erwähnte strategische Gebrauch politischer Grundbegriffe in öffentlichen Debatten zu bedenken, sondern auch inwiefern der durch die Digitalisierung und das Netz bedingte strukturelle Wandel der Öffentlichkeit in der globalisierten Welt

---

28 Siehe dazu den Beitrag von Knelangen/Elo in diesem Band.

auf die politischen Diskurse und Begriffe zurückwirkt, also etwa ob die algorithmischen ‚Sprachen‘ politische und gesellschaftliche Diskurse transformieren und wie sich dies auf Begriffe auswirkt. Untersuchungskriterien könnten sein, ob sich hier eine Bedeutungsfülle auch in politischer Hinsicht entfaltet und ob diese Begriffe durch soziale Bewegungen und/oder Institutionen adaptiert werden und inwiefern diese gesellschaftlich-politische Verwendung eine kritische Begleitung durch eine wissenschaftliche Adaption erfährt.

Neben die empirische Erfassung sowie historische (Ein-)Ordnung von Begriffen tritt – wie im Bereich der analytischen und normativen Politiktheorie praktiziert – als gewissermaßen ständige Aufgabe die inhaltliche Schärfung von Begriffen und der Versuch semantischer Innovationen. Das unterscheidet das politikwissenschaftliche Teilgebiet der Politischen Theorie und Ideengeschichte von der Geschichtswissenschaft. Auch ohne sich vollständig einer universalistisch-moralphilosophischen Perspektive zu verschreiben, kann es sinnvoll sein, sich um Generalisierung zu bemühen, um Verständigung in wissenschaftlicher wie politischer Hinsicht zu ermöglichen. Angesichts dieser praktisch-intervenierenden Aufgabe gilt es jedoch umso mehr bei diesen Untersuchungen selbstreflexiv vorzugehen, um die eigene Benennungspraxis und die mit ihr verbundenen möglichen Effekte zu identifizieren. Eine höhere Abstraktionsebene von Begriffen bedeutet stets Einbußen der Präzision – und umgekehrt: je präziser Begriffe angelegt sind, desto konkreter werden sie und stoßen außerhalb spezialisierter Kreise auf Unverständnis. Zudem gilt es, die Standortgebundenheit der eigenen Argumentation offenzulegen, damit nicht die Theoretisierung von Begriffen in Begriffspolitik umschlägt. Diese Begriffspolitik zu identifizieren und ihre Angemessenheit vor der historischen Semantik politischer Grundbegriffe kritisch zu hinterfragen, ist eine zentrale Aufgabe politiktheoretischer Begriffsarbeit.

In jedem Fall ist es nötig, in einer politiktheoretisch-ideengeschichtlichen Untersuchung, die eigene Absicht explizit zu machen, mit der Begriffsstudien betrieben werden: soll begriffliche Grundlagenforschung in der Welt politischer Ideen betrieben werden oder geht es um eigene Begriffsbildung in analytischer und normativ-kritischer Absicht zur Erfassung der politisch-sozialen Wirklichkeit? Beides sind nicht nur völlig legitime, sondern auch unbedingt notwendige Aufgaben der Politischen Theorie und Ideengeschichte als einer kritischen Wirklichkeitswissenschaft. Politische Grundbegriffe bleiben hierbei Wegmarken und Stolpersteine zugleich.

Literatur

- Arnold, Jeremy 2020: *Across the Great Divide Between Analytic and Continental Political Theory*, Stanford: Stanford University Press.
- Angehrn, Emil 2002: Dekonstruktion und Hermeneutik. In: Kern, Andrea; Menke, Christoph (Hg.), *Philosophie der Dekonstruktion. Zum Verhältnis von Normativität und Praxis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.177-199.
- Ball, Terence 1988: *Transforming political discourse. Political Theory and Critical Conceptual History*. Oxford (u.a.): Blackwell.
- Barthes, Roland 2006: Der Tod des Autors. In: Ders., *Das Rauschen der Sprache. Kritische Essays IV*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 57-63.
- Beardsworth, Richard 1996: *Derrida & the Political*. London, New York: Routledge.
- Bellamy, Richard/Mason, Andrew 2003 (Hg.), *Political concepts*. Manchester, New York: Manchester University Press.
- Bennington, Geoffrey/Derrida, Jacques 1994: *Jacques Derrida. Ein Portrait*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bonacker, Thorsten 2009: Die politische Theorie der Dekonstruktion: Jacques Derrida. In: Brodocz, André/Schaal, Gary S. (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart II. Eine Einführung*. 3. Auflage, Opladen usw.: Budrich, S. 189-220.
- Caputi, Mary; Walsh, Sean Noah 2017: Deconstruction and Interpretation in Political Theory. In: Fatovic, Clement/Walsh, Sean Noah (Hg.), *Interpretation in Political Theory*. New York, London: Routledge, S. 182-204.
- Collier, David/Hidalgo, Fernando Daniel/Maciuceanu, Andra Olivia 2006: Essentially contested concepts: Debates and applications. In: *Journal of Political Ideologies* 11(3), S. 211-246.
- Della Porta, Donatella 2020: *Die schöne neue Demokratie. Über das Potenzial sozialer Bewegungen*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Derrida, Jacques 1972: *Die Schrift und die Differenz*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques 1974: *Grammatologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques 1991: *Gesetzeskraft. Der „mystische Grund der Autorität“*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques 1992: *Das andere Kap. Die vertagte Demokratie. Zwei Essays zu Europa*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques 2002: *Politik der Freundschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques 2003: *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eagleton, Terry 2008: *Literary Theory. An Introduction*. Malden, Oxford: Blackwell Pub.
- Ette, Ottmar 2017: *Roland Barthes. Eine intellektuelle Biographie*. 3. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Feinberg, Joel 1969: Introduction. In: Feinberg, Joel (Hg.), *Moral Concepts*. Oxford: Oxford University Press, S. 1-17.

- Flügel, Oliver 2007: Jenseits von Prozedur und Substanz. Jacques Derrida und die normative Demokratietheorie. In: Niederberger, Andreas/Wolf, Markus (Hg.), *Politische Philosophie und Dekonstruktion. Beiträge zur politischen Theorie im Anschluss an Jacques Derrida*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 119-141.
- Forrester, Katrina 2019: *In the Shadow of Justice: Postwar Liberalism and the Remaking of Political Philosophy*. Princeton: Princeton University Press.
- Forst, Rainer 2021: Konzept, Konzeptionen und Kontexte der Solidarität. In: Forst, Rainer (Hg.), *Die noumenale Republik. Kritischer Konstruktivismus nach Kant*. Berlin: Suhrkamp, S. 98-116.
- Foucault, Michel 2003: Was ist ein Autor? In: Defert, Daniel/Ewald, François (Hg.), *Michel Foucault. Schriften zur Literatur*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 234-270.
- Foucault, Michel 2008a: Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaft. In: Foucault, Michel: *Die Hauptwerke*. Frankfurt am Main, S. 7-469.
- Foucault, Michel 2008b: Archäologie des Wissens. In: Foucault, Michel, *Die Hauptwerke*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 471-699.
- Foucault, Michel 2010: Was ist Kritik? In: Foucault, Michel, *Kritik des Regierens. Schriften zur Politik*. Berlin: Suhrkamp, S. 237-257.
- Foucault, Michel 2012: *Die Ordnung des Diskurses*. 12. Auflage, Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Freeden, Michael 1996: *Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach*, Oxford, New York: Clarendon Press, Oxford University Press.
- Freeden Michael 1999: Ideologies as communal resources. In: *Journal of Political Ideologies* 4(3), S. 411-417.
- Freeden, Michael 2003: *Ideology. A very short Introduction*. Oxford usw.: Oxford University Press.
- Freeden Michael 2004a: Ideology, Political Theory and Political Philosophy. In: Gaus, Gerald/Kukathas, Chandran (Hg.), *Handbook of Political Theory*. London usw.: Sage, S. 3-17.
- Freeden Michael 2004b: Editorial: Essential Contestability and Effective Contestability. In: *Journal of Political Ideologies* 9(1), S. 3-11.
- Freeden, Michael 2005: What should the 'Political' in Political Theory explore?. In: *The Journal of Political Philosophy* 13(2), S. 113-134.
- Freeden Michael 2013: The Morphological Analysis of Ideology. In: Ders./Sargent, Lyman Tower/Steers, Marc (Hg.), *The Oxford Handbook of Political Ideologies*. Oxford: Oxford University Press, S. 115-137.
- Fulda, Daniel 2016: Sattelzeit. Karriere und Problematik eines kulturwissenschaftlichen Zentralbegriffs. In: Ders./Décultot, Élisabeth (Hg.), *Sattelzeit. Historiographiegeschichtliche Revisionen*. Berlin, Boston: De Gruyter, S. 1-18.
- Gallie, Walter Bryce 1956: Essentially Contested Concepts. In: *Proceedings of the Aristotelian Society* 56, S. 167-198.
- Geulen, Christian 2010: Plädoyer für eine Begriffsgeschichte des 20. Jahrhunderts. In: *Zeithistorische Forschungen* 7(1), S. 79-97.

- Göhler, Gerhard/Iser, Matthias/Kerner, Ina (Hg.) 2011: *Politische Theorie: 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gondek, Hans-Dieter/Waldenfels, Bernhard 1997 (Hg.), *Einsätze des Denkens. Zur Philosophie von Jacques Derrida*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1978: Einleitung zur Neuauflage. Einige Schwierigkeiten beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln. In: ders., *Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 9-47.
- Habermas, Jürgen 1985: *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 2019: *Auch eine Geschichte der Philosophie. Band 2: Vernünftige Freiheit. Spuren des Diskurses über Glauben und Wissen*. Berlin: Suhrkamp.
- Hampsher-Monk 2015: Politics, political theory and its history. In: Jonathan Floyd and Marc Stears (Hg.), *Political Philosophy versus History? Contextualism and Real Politics in Contemporary Political Thought*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Haverkamp, Anselm (Hg.) 1995: *Deconstruction is/in America: A New Sense of the Political*. New York/London: New York University Press.
- Hellmuth, Eckhart/Ehrenstein, Christoph von 2001: Intellectual History made in Britain. Die *Cambridge School* und ihre Kritiker. In: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (1), S. 149-172.
- Hirsch, Alfred (Hg.) 1997: *Übersetzung und Dekonstruktion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honneth, Axel 2017: *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*. Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel 2019: *Anerkennung. Eine europäische Ideengeschichte*. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Horstmann, Rolf Peter 1979: Kriterien für Grundbegriffe. Anmerkungen zu einer Diskussion. In: Koselleck, Reinhart (Hg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 37-42.
- Huhnholz, Sebastian 2015: Bielefeld, Paris & Cambridge. Wissenschaftsgeschichtliche Ursprünge und theoriepolitische Konvergenzen der diskurshistoriographischen Methodologien Reinhart Kosellecks, Michel Foucaults und Quentin Skinners. In: Gasteiger, Ludwig/Grimm, Marc/Umrath, Barbara (Hg.), *Theorie und Kritik. Dialoge zwischen differenten Denkstilen und Disziplinen*. Bielefeld: transcript, S. 157-182.
- Johnson, Barbara 1994: *The Wake of Deconstruction*. Oxford: Blackwell.
- Kant, Immanuel 2011: Logik. In: ders., *Werke in sechs Bänden*. Band III. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 419-582
- Kelly, Paul 2011: Rescuing political theory from the tyranny of history. In: Floyd, Jonathan/Stears, Marc (Hg.) *Political Philosophy versus History?: Contextualism and Real Politics in Contemporary Political Thought*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 13-37.
- Knobloch, Clemens 1992: Überlegungen zur Theorie der Begriffsgeschichte aus sprach- und kommunikationswissenschaftlicher Sicht. In: *Archiv für Begriffsgeschichte* 35, S. 7-24.

- Koselleck, Reinhart 1967: Richtlinien für das Lexikon politisch-sozialer Begriffe der Neuzeit. In: *Archiv für Begriffsgeschichte* 11, S. 81-99.
- Koselleck, Reinhart 1978: Vorwort. In: Ders./Brunner, Otto Conze, Werner (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 7: Verw–Z, Stuttgart: Klett-Cotta, S. V-VIII.
- Kramer, Matthew H. 1991: *Legal Theory, Political Theory, and Deconstruction: Against Rhadamanthus*. Bloomington, Ind. usw.: Indiana University Press.
- Link, Jürgen 2008: Dispositiv. In: Kammler, Clemens/Parr, Rolf/Schneider, Ulrich Johannes (Hg.), *Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*. Stuttgart, Weimar: J. B. Metzler, S. 237-242.
- Marchart, Oliver 2010: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp.
- Maynard, Jonathan Leader 2017: Ideological Analysis. In: Blau, Adrian (Hg.), *Methods in Analytical Political Theory*. Cambridge, New York: Cambridge University Press, S. 297-324.
- Menke, Christoph 2004: *Spiegelungen der Gleichheit. Politische Philosophie nach Adorno und Derrida*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Motzkin, Gabriel 2011: Über den Begriff der geschichtlichen (Dis-)Kontinuität: Reinhart Kosellecks Konstruktion der ‚Sattelzeit‘. In: Joas Hans/Vogt, Peter (Hg.), *Begriffene Geschichte. Beiträge zum Werk Reinhart Kosellecks*. Berlin: Suhrkamp, S. 339-358.
- Müller, Ernst/Schmieder, Falko 2020: *Begriffsgeschichte zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Münkler, Herfried/Straßenberger, Grit 2016: *Politische Theorie und Ideengeschichte. Eine Einführung*. München: C.H. Beck.
- Niesen, Peter 2019: Introduction: Resistance, disobedience or constituent power? Emerging narratives of transnational protest. In: *Journal of International Political Theory* 15(1), S. 2-10.
- Nohlen, Dieter/Rainer-Olaf Schultze 2010: *Lexikon der Politikwissenschaft*. 4. Aufl. München: C.H. Beck.
- Norman, Wayne 1998: ‚Inevitable and Unacceptable?‘ Methodological Rawlsianism in Anglo-American Political Philosophy. In: *Political Studies* 46(2), S. 276-294.
- Olsthoorn, Johan 2017: Conceptual Analysis. In: Blau, Adrian (Hg.), *Methods in Analytical Political Theory*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 153-191.
- Ostrowski, Marius S. 2022: *Ideology*. Cambridge: Polity Press.
- Owen, David 2016: Reasons and practices of reasoning: On the analytic/Continental distinction in political philosophy. In: *European Journal of Political Theory* 15(2), S. 172-188.
- Palonen, Kari 2002: Begriffsgeschichte und / als Politikwissenschaft. In: *Archiv für Begriffsgeschichte* 44, S. 221-234.

- Pocock, John G.A. 1996: Concepts and Discourses: A Difference in Culture? A Comment on a Paper by Melvin Richter. In: Lehmann, Hartmut/Richter, Melvin (Hg.), *The Meaning of Historical Terms and Concepts. New Studies on Begriffsgeschichte* (German Historical Institute, Washington D.C., Occasional Paper No. 15), S. 47-58.
- Quadflieg, Dirk 2007: *Differenz und Raum. Zwischen Hegel, Wittgenstein und Derrida*. Bielefeld: transcript.
- Richter, Melvin 2000: Conceptualizing the Contestable. Begriffsgeschichte and Political Concepts. In: Scholtz, Gunter (Hg.), *Die Interdisziplinarität der Begriffsgeschichte* (Sonderheft des Archiv für Begriffsgeschichte). Hamburg: Felix Meiner Verlag, S. 135-143.
- Rorty, Richard 2012: *Kontingenz, Ironie und Solidarität*. Übersetzt von Christa Krüger. 10. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Saar, Martin 2007: Beschreiben/Zersetzen: Dekonstruktion als Institutionskritik. In: Niederberger, Andreas/Wolf, Markus (Hg.), *Politische Philosophie und Dekonstruktion. Beiträge zur politischen Theorie im Anschluss an Jacques Derrida*. Bielefeld, S. 165-180.
- Schmieder, Falko 2019: Editorial. In: *Forum Interdisziplinäre Begriffsgeschichte* 8 (1), S. 4-5.
- Schultz, Heiner 1979: Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte. In: Koselleck, Reinhart (Hg.), *Historische Semantik und Begriffsgeschichte*. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 43-74.
- Schultz, Heiner 2011: Semantik und Historiographie. In: Joas, Hans/Vogt, Peter (Hg.), *Begriffene Geschichte: Beiträge zum Werk Reinhart Kosellecks*. Berlin: Suhrkamp, S. 207-263.
- Sievi, Luzia 2017: *Demokratie ohne Grund – kein Grund für Demokratie? Zum Verhältnis von Demokratie und Poststrukturalismus*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Skinner, Quentin 1988: A Reply to my Critics. In: Tully, James (Hg.), *Meaning and Context. Quentin Skinner and his Critics*. Princeton: Princeton University Press, S. 231-288.
- Skinner, Quentin 1999: Rhetoric and Conceptual Change. In: *Finnish Yearbook of Political Thought* 3(1), S. 60-73.
- Skinner, Quentin 2001: On Encountering the Past. An Interview with Quentin Skinner by Petri Koikkalainen and Sami Syrjämäki, 4.10.2001. In: *Finnish Yearbook of Political Thought* 6, S. 34-63.
- Skinner, Quentin 2002: *Visions of Politics. Vol. 1, Regarding Method*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stäheli, Urs 2000: *Poststrukturalistische Soziologien*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Steinmetz, Willibald 2008: Vierzig Jahre Begriffsgeschichte - The State of the Art. In: Kämper, Heidrun/Eichinger, Ludwig M. (Hg.), *Sprache - Kognition - Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung*. Berlin, New York: De Gruyter, S.174-197.
- Straßenberger, Grit 2018: Politikwissenschaftlicher Zugang zur Ideengeschichte. In: Salzborn, Samuel (Hg.), *Handbuch Politische Ideengeschichte. Zugänge – Methoden – Strömungen*. Stuttgart: J. B. Metzler Verlag, S. 2-8.

- Vincent, Andrew 2004: *The Nature of Political Theory*, Oxford: Oxford University Press.
- Weber, Max 2013: Max Weber Gesamtausgabe Band I/23: Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie. Unvollendet 1919-1920, hg. v. Knut Borchardt, Edith Hanke u. Wolfgang Schluchter, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Wellmer, Albrecht 2002: Hermeneutische Reflexion und ihre „dekonstruktive“ Radikalisierung. Kommentar zu Emil Angehrn. In: Kern, Andrea/Menke, Christoph (Hg.), *Philosophie der Dekonstruktion. Zum Verhältnis von Normativität und Praxis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 200-215.
- Wiegerling, Klaus 2007: Jacques Derrida. In: Nida-Rümelin, Julian/Özmen, Elif (Hg.), *Philosophie der Gegenwart in Einzeldarstellungen*. 3. Auflage, Stuttgart: Kröner, S. 132-138.
- Zapf, Holger 2013: *Methoden der Politischen Theorie. Eine Einführung*. Opladen usw.: Verlag Barbara Budrich.
- Zima, Peter V. 2016: *Die Dekonstruktion. Einführung und Kritik*. 2. Auflage, Tübingen: A. Francke Verlag.